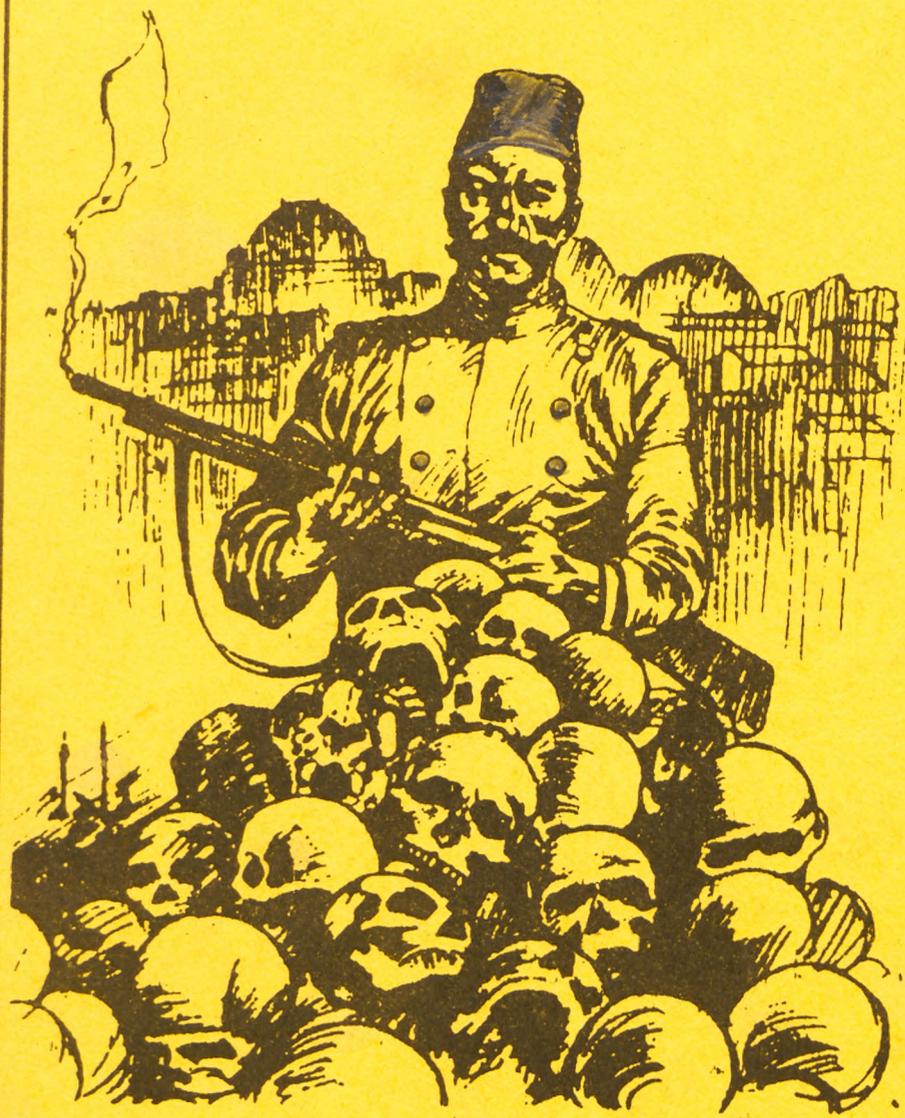


# Antifaz

Antifaschistische Zeitung



DEUTSCHE  
WAFFEN ,  
DEUTSCHES  
GELD...

NEWROZ -  
EIN BLUTIGER  
FRÜHLING

LEIPZIG,  
TATORT:  
BAYRISCHER  
BAHNHOF

HEFT 35

MAI/JUNI

7. JAHRGANG

DM 2,50

## In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Der 1. Mai im Wandel der Zeit...	S. 4
Leipzig, 21.3.92, Tatort: Bayrischer Bahnhof	S. 6
Newroz-Ein blutiger Frühling	S.10
Deutsche Waffen, deutsches Geld...	S.15
"Else, wohin" - Ein Frauenkabarett macht Furore	S.19
Kurdistan und die Kurden, Teil V	S.24
Debatte: Flüchtlingselend und Weltmarktkrise	S.31
Impressum	S.33
GENormte Menschheit, Teil III	S.35
Kosovo, Kurze Chronik der Ereignisse seit 1990	S.40
Notruf...Die Faschos kommen (nach Borken)	S.42
Ankündigungen	S.43

## Verkaufsstellen:

Dortmund  
 - Geschichtswerkstatt  
 - Atom-Stop-Büro  
 - Checoolala  
 - Cafe Samowar  
 - Taranta Babu Buchladen  
 - LitfaB-Buchladen  
 - Erpel

Herne  
 - Sonne  
 - Kornmühle  
 - Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen  
 - Attatroll-Buchladen  
 - Sonnenblume-Naturkostladen  
 - Drübelken  
 - Grünes Büro

Bochum  
 - "Notstand" im Uni-Antiquariat

## ANZEIGE

**Straßencafé**



Tel. 0231/104916 So.-Fr. 10-22 Uhr Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) 4800 Dortmund 1

Münster

- Frauenstr. 24

Marl  
 - Bücherladen

Herten  
 - Büchereule

Duisburg  
 - Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg  
 - Buchladen "Roter Stern"

WITTEN:  
 3. Welt- und Buch-  
 laden

# EINLEITUNG

Pünktlich zum **1. Mai** wollten wir mit dieser Ausgabe herauskommen, und da wir derart viele und - unseres Erachtens - derart viel gleich wichtige Themen zu behandeln hatten, ist die vorliegende Ausgabe als **Sonderausgabe** konzipiert (weshalb sie auch teurer wurde).

Wir ersparen es uns, zum **1. Mai 1992** angesichts der Entwicklung in unserm Land große Erklärungen abzugeben - zu sehr bestätigt sich mit dem Ergebnis der **Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein** die von uns seit langem vorausgesagte Entwicklung. Allerdings freuen wir uns, zum **1. Mai** einen Artikel von **Heinz Hentschke** aus Berlin bekommen zu haben, in welchem er seine Erlebnisse am **1. Mai** im Laufe der Jahrzehnte skizziert (Heinz ist inzwischen 88 Jahre alt geworden!).

Was gibt es sonst noch:

Der fünfte und letzte Teil der Serie "**Kurdistan und die Kurden**" von Klaus Dillmann liegt vor; überhaupt ist Kurdistan eigentlich der Schwerpunkt dieser Ausgabe, auch wenn wir den **1. Mai** und den Bericht über die "**Schlacht am Bayrischen Platz**" in **Leipzig** am **21. März** dieses Jahres vorangestellt haben.

Zur Entwicklung in Kurdistan und zur **Kurdistan-Solidarität** schreibt Thea A. Struchtemeier einen ausführlichen Bericht unter dem Titel: "**Newroz - ein blutiger Frühling und Jahresbeginn**".

Auch Christian Kruska untersucht in seinem Artikel "**Deutsche Waffen, deutsches Geld...**" die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung in Türkei-Kurdistan und der deutschen **Waffenbrüderschaft mit der Türkei**.

Weiter gibt es unter der Rubrik "**Debatte**" einen Artikel von **Alexander Soos** aus Nürnberg, der sich mit "**Flüchtlingselend und Weltmarktkrise**" beschäftigt.

Auf keinen Fall übersehen sollten unsere LeserInnen das **Interview** mit dem - inzwischen schon recht bekannten - Recklinghäuser Frauenkabarett "**Else, wohin ?**", welches sich engagiert auch mit Problemen wie Neofaschismus, Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit beschäftigt.

Nicht zu vergessen auch den dritten Teil der Artikelserie des Anti-Atom-Büros Dortmund über **GENormte Menschheit**.

Dann gibts noch einen kurzen Bericht über eine gelungene antifaschistische Demo im westfälischen **Borken**, außerdem noch eine Reihe **Ankündigungen**, und wenn wir nichts vergessen haben, dann wars das für diese Sondernummer.

So, für heute wars das, wir sehen uns vielleicht am **1. Mai**.

Herzliche Grüße,

Eure

**AntifaZ-Redaktion**

# DER 1. MAI IM WANDEL DER ZEITEN...

Heinz Hentschke aus Berlin, über dessen Buch "Moor und Heide ringsumher" wir in Nr. 24/1991 der AntifaZ berichteten, inzwischen 88 Jahre (!) alt, schrieb uns einen Brief zum 1. Mai 1992. Er legt einige seiner Erinnerungen und Gedichte zum 1. Mai dazu, die wir mit Freude abdrucken. Von dieser Stelle herzliche Grüße und besten Dank.

"Es lebe der 1. Mai!"  
Das war die Parole, eh und jeh.

Am 1. Mai gehen Frau und Mann  
mit ihren Kindern,  
mit Arbeitsbrüdern und -schwestern  
auf die Straßen und Plätze der Stadt.  
Sie marschieren für ein besseres Leben:  
Frohn und Armut soll es nicht mehr geben!  
"Her mit dem 8-Stunden-Tag!"  
Da sind wir auch dabei,  
am 1. Mai!

Jedoch, die Herrschenden, die Satten,  
sie verkrochen sich, feige, wie die Ratten.  
Sie schickten stets nur Polizei.  
Polizei, mit Knüppel, Säbel und Blei.  
Grün sind die Zweige,  
die Fahne ist rot. -  
Nur der Feige  
duldet die Not!

## Der 1. Mai und seine Geschichte:

**1868**

Die erste Arbeiter-Demonstration in Chicago. Erstmals wird die Forderung: "Her mit dem 8-Stunden-Tag" erhoben. Fünf Arbeiter werden von der Polizei auf der Straße erschossen.

**1889**

Der Internationale Sozialisten-Kongreß in Paris beschließt: Der 1. Mai 1890 wird internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiter. Er ist zu begehen durch Arbeitsruhe, Demonstrationen, Versammlungen unter freiem Himmel und, wenn anders nicht möglich, Versammlungen oder Feiern in Sälen: Für den 8-Stunden-Tag.

**1890**

Erstmals 1. Mai-Demonstrationen in vielen Ländern der Welt! Die Bourgeoisie ist er-



Hungerwinter 1917/18

schrocken: Das darf sich nicht wiederholen! In den Berliner Müggelbergen z.B.: Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen versammeln sich, sind dabei, als der Müggelturm eingeweiht wird. Einem Genossen gelingt es, ein Spruchband zu entrollen, auf dem steht: "Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf!" - Die Polizei schreitet nicht ein; die Menge war zu groß, und es waren nicht nur Arbeiter im Waldgelände.

**1891**

In Fourmies/Frankreich überfiel die Polizei den Mai-Aufmarsch: 6 Tote! - In vielen Großstädten, in vielen Ländern der Welt, gewaltige Mai-Demonstrationen. Allenthalben fanden Polizeiüberfälle auf demonstrierende Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

**1905**

Besonders große Mai-Demonstrationen in

Rußland. Polizei schießt und schlägt auf Demonstranten; es gibt Tote und Verletzte, außerdem Verbannungen nach Sibirien.

**1914**

Die rechten SPD-Führer verzichten auf Mai-Demonstrationen; empfehlen jedoch, Mai-Feiern in geschlossenen Räumen nach Feierabend abzuhalten.

Im August paktieren die Rechten mit der Bourgeoisie, bewilligen die Kriegskredite; sie rufen nicht auf gegen den Krieg; mißachten den "Baseler Beschluß" von 1912.

**1916**

Karl Liebknecht am 1. Mai auf dem Potsdamer Platz, gibt die Parole aus: "Nieder mit dem Krieg!"

Er wird verhaftet, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er sitzt in Luckau bis zum November 1918 und ruft am 9. November des gleichen Jahres die Sozialistische Republik aus.

### Der 1. Mai - und meine Erlebnisse

**1929:** Der SPD-Mann **Zörgiebel** verbot als Polizeipräsident von Groß-Berlin, kraft seines Amtes, den Arbeitern, am 1. Mai auf die Straße zu gehen. Die Berliner Arbeiter gingen dennoch auf die Straße! - Polizei schreitet ein. Es gab Tote und Verwundete. Barrikaden im Wedding und Neukölln wurden gegen den Polizei-Terror errichtet. 45 Tote und mehr als 400 Verletzte waren durch Schüsse und Gummiknüppelschläge zu beklagen, mehr als 2000 Demonstranten festgenommen! Außerdem wurde am 2. Mai 1929 die Wehrorganisation der Arbeiterklasse, der **RFB**, ab sofort verboten.

Die SPD feierte in Sälen und Vereinszimmern den 1. Mai. - Die Kommunisten waren bei den Arbeitern auf der Straße!

**1933:** Die Nazis triumphieren! Zwangen die Berliner Proletarier zu einem "Mai-Aufmarsch" mit Militärmusik und viel Bier, das in Papp-Bechern ausgeschenkt wurde, auf dem Tempelhofer Feld. Die SPD schweigt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer riefen die Arbeiter auf, am 1. Mai unter den Hakenkreuzfahnen zu marschieren!

Die KPD ruft zu Demonstrationen auf, "wo irgendmöglich, in Erscheinung zu treten. Heraus, auf die Straßen!"

Das verläuft jedoch ohne großen Erfolg. Die Flugblattverbreitung hingegen war an diesem Tag unsere wichtigste politische Arbeit. Sie verlief ungehindert, denn die Nazis waren auf dem alt-preußischen Armee-Exerzier-Gelände, auf dem Tempelhofer Feld...bei einem hohen Bierkonsum - das gab es gratis - und strammer Militärmusik.



Am 9. November 1918 rief Karl Liebknecht vom Berliner Schloß die freie sozialistische Republik aus. Unser Bild: Karl Liebknecht bei einer Ansprache vor Soldaten, Berlin 1919

**Am 2. Mai:** Die Nazis besetzen die Gewerkschaftshäuser, lösen die Gewerkschaften der Arbeiter auf und kassieren deren Eigentum zugunsten des Deutschen Reiches! Die Nazis nannten ihre Partei: National-Sozialistische-Deutsche-Arbeiter-Partei.

### 1. Mai 1935 - im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit

Noch herrscht Morgenstille im Bau.  
Kein Lärm und kein Radau,  
seitens der Kerkermeister.

Sonnenschein erfüllt die Welt,  
Im Nu wird's finster...Es fällt  
ein dichter Hagelschauer.

Alles wird bezogen mit weißem Flor.  
Bald herrscht wieder, wie zuvor  
die unheimliche Stille.

Plötzlich, ein Rufen durch diese hallt;  
daß es laut durch enge Höfe schallt:  
"Es lebe der 1. Mai!"

"Es leben Thälmann und seine Partei!"  
"Rot Front!"  
"Nieder mit der Nazi-Tyrannie!"  
Laut drang es aus den Zellenfenstern...

Kurze Stille tritt wiederum ein.  
Ich höre einen SA-Mann schrei'n:  
"Schnauze halten, Kommune!"

# LEIPZIG, 21. MÄRZ 1992, TATORT: BAYRISCHER BAHNHOF

GEPLANTER  
AUFMARSCH

STAATSTERROR

ERMÖGLICHT

FASCHISTEN-



Schon in den Wochen vor dem 21. März, für den Neofaschisten der "Nationalen Offensive" unter Christian Worch in Leipzig eine Großdemonstration angekündigt hatten, war in Leipzig deutlich geworden, daß der Staatsapparat dies Treffen der Neofaschisten mit allen Mitteln ungestört durchführen lassen wollte - mit allen Mitteln, und das wurde dann in der "Schlacht am Bayrischen Bahnhof" sehr präzise durchexerziert. Ein riesiges Polizeiaufgebot trieb teilweise unter brutalem Knüppelinsatz von SEK und Bundesgrenzschutz die 2000 antifaschistischen DemonstrantInnen vom Platz der geplanten Abschlußkundgebung, in der Nähe der Reste des ehemaligen "Bayrischen Bahnhofs", hinunter. Dieser Einatz war "generalstabmäßig" vorbereitet und geplant als staatlicher Terror: Den "Linksradiakalen", "Chaoten" und "Antifas" sollte mal gezeigt werden, wer "Herr im Staat" ist - was an diesem Tag leider weitgehend gelang.

## Die Vorgeschichte

Schon Anfang Februar 1992 war innerhalb der Leipziger Antifa-Szene bekanntgeworden, daß der Weimarer Neofaschist **Thomas Dienel** für den 21. März eine Demonstration der "Nationalen Offensive" angemeldet hatte, die unter dem Tarnmantel einer "Anti-Drogen-Demonstration" sich versteckte, wobei sofort klar war, daß sich hinter Dienel sein Hamburger Führer, **Christian Worch**, verbarg.

Die Leipziger Antifa, insbesondere die HausbesetzerInnen-Szene aus dem Stadtteil Connewitz, informierte daraufhin umgehend alle ihr bekannten Kontaktstellen, so daß auf jeden Fall größere Gegenaktionen zu erwarten waren.

Relativ spät reagierten andere politische Kräfte in Leipzig - so fragte die PDS-Ratsfraktion nach einem möglichen Verbot des

Naziaufmarsches, immerhin seien bisher noch keine Aufmärsche von Neofaschisten in Leipzig genehmigt worden. Diesmal wurde genehmigt, angeblich gab es keine rechtliche Handhabe für ein Verbot, da es sich bei der "Nationalen Offensive" nicht um eine verbotene Organisation handele, da die angekündigten Inhalte nicht strafbar seien - und falls es zu strafrechtlichen Tatbeständen kommen sollte, werde man eingreifen. Ansonsten sei die Stadt Leipzig "gerüstet", an diesem Tag jegliche Gewaltanwendung zu verhindern. Was damit konkret gemeint war, erlebten wir dann am 21. März.

Auffallend war, daß in der örtlichen Presse der Naziaufmarsch als **eine** Aktivität **neben** weiteren Veranstaltungen erwähnt wurde - eine von "insgesamt 8 Großveranstaltungen", es wurden erwähnt: Aufzug der Conne-

witzer Linken vom Connewitzer Kreuz zum Bayrischen Bahnhof, Kundgebung der NO auf dem Dimitroff-Platz, Stadtparade des Zirkus Busch-Berolina, Fußballspiel VFB Leipzig gegen Darmstadt 98, Rock gegen Rechts im Eiskeller, Internationaler Tag gegen Rassismus, Konzert der 'Toten Hosen', Ausstellung Junge Kunst aus Israel, Treffen gegen Gewalt der Aktion Toleranz (angeblich ein Zusammenschluß von 28 Gruppen aus Kirchen, Gewerkschaften, usw.), die ebenfalls zu einem Treffen am Bayrischen Platz aufriefen. Auffallend im Vorfeld auch, daß die Demonstration der Connewitzer Linken für 13.30 Uhr angesetzt wurde, der Faschistenaufmarsch dagegen für 17.-19.00 Uhr angekündigt war.

Und - eigentlich - auffallend auch, daß schon in der Woche vor den Aktionen in der Presse zu lesen war, daß Polizeikräfte aus "Halle, Dresden, Chemnitz, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern" zusammengezogen würden...

### Die "Schlacht" am Bayrischen Bahnhof

...und die kannten ihren Auftrag genau: Den Aufmarsch der AntifaschistInnen derart nachhaltig zu stören, damit auf keinen Fall eine Störung der zum späteren Zeitpunkt stattfinden Faschistenkundgebung versucht werden könne - offizielle Darstellungsart: Die "linken" und "rechten" Gewalttäter voneinander fernhalten, "Ruhe" und "Ordnung" sichern - und dies mit allen "rechtsstaatlichen Mitteln".



Nun ja, Wasserwerfer, Knüppelinsatz, massenhafte Festnahmen, etc. sind ja zweifellos "rechtsstaatliche Mittel" - fragt sich nur, wer sie gegen wen und wie einsetzt.

Kurz zum Ablauf des staatlichen Terrorangriffs:

Die DemonstrantInnen hatten sich gerade mal alle auf dem Bayrischen Platz versammelt, der friedliche Verkauf von Schmalzstullen, Getränken, etc. (denn Leute von der Aktion Toleranz waren tatsächlich anwesend) hatte begonnen, trotz der Tatsache, daß der gesamte Platz von Hundertschaften und Wasserwerfern geradezu eingekesselt war, rechneten die meisten wohl nicht mit einem Polizeiangriff, schon gar nicht derartig massiv.

Wie Polizeisprecher hinterher behaupteten, sei der Anlaß für das Einschreiten die Tatsache gewesen, daß "einzelne Demonstrationsteilnehmer verummmt" gewesen seien - und dies ist ein Straftatbestand. Eine lächerliche und an den Haaren herbeigezogene "Erklärung": Schon während des gesamten Demo-Zuges waren Leute verummmt gewesen, und nicht gerade wenige, das war zu diesem Zeitpunkt für die Polizei kein Grund einzuschreiten! Dann aber, auf dem Abschlußkundgebungsplatz, wurden auf Kommando Hundertschaften, Wasserwerfer, SEK-Einheiten eingesetzt, einzig mit dem Ziel, einige Vermummte festzunehmen, dabei in Kauf nehmend, daß zahllose Menschen niedergetreten, niedergeknüppelt, verletzt und festgenommen wurden. Dabei in Kauf nehmend, daß in der sofort entstandenen Massenpanik Leute zu Tode hätten kommen können, die über den Gitterzaun vor dem Bayrischen Bahnhof gedrückt wurden (s. Bildmaterial).

Daß in der Erbitterung antifaschistische DemonstrantInnen als Reaktion auf diesen staatlichen Terror mit Steinen warfen, ist zwar falsch und zu verurteilen, wirkte aber angesichts des hochgerüsteten Staatsapparates (kein einziger Polizist wurde verletzt), dessen Vertreter mit Schilden, Helmen, Knieschonern, Schulterschutz, Brustschutz, etc. ausgerüstet waren, eher als Ausdruck hilfloser Verzweiflung.

Das ganze dauerte dann auch nicht lange, dann kamen die SEK-Einheiten stolz grinsend und fröhlich erregt von der "Hatz" zurück (SEK kam natürlich aus München): Die AntifaschistInnen waren in alle Winde vertrieben, fast hundert Leute waren festgenommen - das Ziel war erreicht: An diesem Nachmittag würden sich die AntifaschistInnen nicht erneut aufmachen, um zum Dimitroff-Platz zu gelangen und den Faschistenaufmarsch zu stören...

## Der Nazi-Aufmarsch

...der fand dann auch, gemeinsam mit der Polizeiführung taktisch abgestimmt, "friedlich" und ohne antifaschistischen Widerstand statt. "Gut" mit der Polizei koordiniert, denn zum angekündigten Zeitpunkt, um 17.00 Uhr, verlor sich nur eine Handvoll Neofaschisten auf den Stufen des Kundgebungsortes, des ehemaligen Reichs-Gerichtsgebäudes.

(am Rande vielleicht von Interesse: Der Kundgebungsplatz der Nazis, besagter Dimitroff-Platz, war zu DDR-Zeiten der offizielle Hauptkundgebungsort des SED-Regimes!).

Das war merkwürdig!

Aber ein kurzer Gang in die nähere Umgebung brachte die Erklärung: Etwa einen halben Kilometer vom Dimitroff-Platz entfernt, am Rande eines Parks, sammelte sich der Haupttrupp der Faschisten, von Polizei locker abgeschirmt, in gemeinsamem Sprechfunkeinsatz genügend lange die "Lage" sichernd, bis endlich klar war: Keine Gefahr von Seiten "Rotfronts", der Zug von ca. 350 Faschisten setzte sich in Bewegung und gelangte unter lautstarkem Gegröhle (Die bekannten Parolen wie "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" und "Wir wollen keine



Asylantenschweine" waren zu hören) zum Kundgebungsplatz.

Hier war inzwischen schon der schwarze Mercedes aus Hamburg mit dem Kundgebungsredner, Christian Worch, vorgefahren.

### Die Rede Worchs

Schon nach den ersten Sätzen war klar, daß hier ein raffiniertes, aber auch mehr als übler Demagoge am Werk war:

In herzergreifenden Worten schilderte er die Lage der ehemaligen DDR-Bürger, die jetzt unter die Knute des westlichen Kapitalismus geraten: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Massenelend sind Auswirkungen des "kapita-

listischen Anschlusses". So weit konnten alle Anwesenden nur zustimmen. Dann wurden geschickt weitere "Neuentwicklungen" genannt, die es in der ehemaligen DDR nicht gegeben hatte: Drogenhandel und Prostitution (hier war Worch nicht ganz so exakt). Nach ausführlicher Schilderung des Drogenelends ("Stellen Sie sich vor, Sie finden in einer öffentlichen Toilette eine 14jährige, die sich totgespritzt hat, das könnte auch ihre Tochter sein") baute er geschickt ein, **wer** für den Drogenhandel verantwortlich sei: **Die Ausländer** natürlich...sofort wurde seine Rede von den martialischen Sprechchören unterbrochen "Deutschland den...".



So ging es dann von der antikapitalistischen Schiene weiter zur anti-imperialistischen:

Viel schlimmer als in Deutschland sei es inzwischen schon in den USA: Hier würde fast jede Minute jemand totgeschossen, die "Schwarzen" in New York würden inzwischen mit Maschinenpistolen auf brave Bürger und Polizisten schießen...

Stichwort für die Anhängerschaft: "Bei uns nicht!"...

Ja, die seien auch nicht viel schlimmer als der Terror der linken Chaoten, die am frühen Nachmittag mit einem Steinregen über unsere braven deutschen Polizisten hergefallen seien, die nur ihre Pflicht getan hätten,... sofort kam die Parole "Rotfront verrecke",... und so ging das weiter, bis klar war: Ausländer und "Rotfront" sind der Gegner, "unsere" Polizisten sind unsere natürlichen Verbündeten.

Bloß, wo am Ende die Kapitalisten/Imperialisten verschwunden waren, wußte keiner mehr so recht...

### Fazit:

Dieser Tag war keineswegs ein Erfolg der AntifaschistInnen, auch wenn wir mit 2000 Leuten demonstrierten, die Nazis nur mit 350. Entscheidend ist, daß wir nicht in der Lage waren, mit politischer Kraft den Nazi-aufmarsch zu verhindern bzw. empfindlich zu stören. Wo liegen die Gründe?

Es bleibt im Nachhinein unverständlich, warum die **Connewitzer Linke** sich darauf festlegen ließ, schon um 13.30 Uhr zu demonstrieren, während der Faschistenaufmarsch erst gegen 18.00 Uhr zu erwarten war.

Es hat offensichtlich das Konzept gegeben, "offiziell" und "friedlich" zu demonstrieren, **vor** der Fascho-Demo und **nicht** in deren unmittelbarer Nähe.

Gleichzeitig sollten "mobile" Gruppen damit beschäftigt sein, einzelne Nazizusammenrottungen zu verhindern - was sich als eindeutige Illusion erwiesen hat.

Es gab eine relativ große Spaltung zwischen der sogenannten militanten Antifa und den "friedlichen" Kräften - wobei unter letzteren die Sorge, daß "Gewalt" angewendet werden könnte, größer war als der Wunsch, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Es gab innerhalb der "militanten" Antifa keine eindeutige Vorbereitung auf einen evtl. polizeilichen Großangriff, auch hier war man nur auf Auseinandersetzung in "kleinen Gruppen" vorbereitet, die einem geballten Angriff des Staatsapparates nichts entgegenzusetzen hatten - schon gar nicht den Versuch, mit 2000 Demonstranten zumindest sich nicht sofort in Panik auseinandertreiben zu lassen, sondern sich nach zeitweiligem Rückzug durch Kettenbildung und andere Aktionsformen erneut zusammenzufinden, um den Kundgebungsplatz erneut zu besetzen - dies Ziel scheint zumindest niemand gehabt zu haben.

Noch eins zu den "mobilen Kommandos", die Naziaufmärsche zu verhindern suchten: bezeichnend für den nach dem Polizeiangriff weitgehend desolaten Zustand der Antifas

Anzeige



war vor allem, daß - nach unseren Informationen - niemand auch nur mitbekommen hatte, daß sich die Faschisten zuerst am Rand des erwähnten Parks versammelt hatten. Wir kennen die örtlichen Gegebenheiten nicht, aber dort wäre möglicherweise eine gewisse störende Einwirkung auf den Naziaufmarsch möglich gewesen.

Und ein letztes Wort zur bürgerlich-bornierten Sichtweise eines ganzen Teils der "militanten" Antifa-Szene: Die anwesenden AntifaZ-Reporter wurden oft als "Zivil-Bullen" verdächtigt - ein Indiz dafür, daß inzwischen bei einigen eine derartige "Wagenburg-Mentalität" entstanden ist, die ganz allein Ausdruck der inneren Schwäche und Ziellosigkeit der Leute ist - wobei dann oft genug versucht wird, diese Schwäche durch entsprechenden Bierkonsum zu kompensieren - das bringt aber nichts.

## BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPADAGOGIK • SOZIALWISSENSCHAFTEN •  
KOMMUNIKATIONS- UND SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE • ÖKONOMIE •  
POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MUTTER • KINDER • VATER • MANNER • GROSSES  
ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00  
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
Dortmund 1, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

## NEWROZ - EIN BLUTIGER FRÜHLING UND JAHRESBEGINN

"Newroz" heißt übersetzt "Der neue Tag", der zu Beginn jedes einsetzenden Frühlings im März festlich begangen wird. Newroz wird in vielen Ländern des "Orients" gefeiert. Das Fest hat dort aber bei weitem nicht dieselbe symbolische Bedeutung, die es für das kurdische Volk besitzt. Wegen der aufgrund der herrschenden Regierungspolitik - insbesondere in Türkisch- und Irakisch-Kurdistan - immer kritischer werdenden Lage des kurdischen Volkes gewinnt das Neujahrs- und Frühlingsfest einen zunehmend politischeren Charakter.

Normalerweise wird Newroz am 21. März gefeiert, und die festlichen Vorbereitungen beginnen am Vorabend. Der Abend wird mit politischen Ansprachen und Berichten über die Situation in den Heimat- und Exilländern eingeleitet. Danach beginnt ein kulturelles Programm. Neuerdings wird für das Newrozfest auch der 17. und 18. März in Erinnerung an das Giftgasmassaker von Halabja (1988) gewählt. Insofern wurde in **Köln** das Newrozfest gleich zweimal begangen: einmal am 14. März von der kurdischen Arbeiterpartei (**PKK**) und das zweite Mal am 21. März von der kurdischen Exilorganisation **KOMKAR** (\*PSKT=Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan; sie besitzt in Türkisch-Kurdistan praktisch keinerlei Bedeutung und ist nicht am bewaffneten Widerstand beteiligt).

Beim diesjährigen, von **KOMKAR** veranstalteten Newrozfest, trat bspw. der kurdische Sänger **Sivan** auf, dessen Lieder vom kurdischen Befreiungskampf nicht wegzudenken sind. Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung übermittelten bzw. verlasen Grußworte, daneben auch NRW-Innenminister Schnoor und Grünen-Europaparlamentsabgeordnete Claudia Roth, die persönlich anwesend war.

Leider gerieten solch schöne Worte wie die von Schnoor zu einer Farce angesichts der Tatsache, daß die Verfolgung von Kurdinnen und Kurden in der Türkei von deutschen Gerichten gezeugnet wird, der Innenminister dafür verantwortlich zeichnet, wenn Kurdinnen und Kurden gewaltsam in ihre Heimatländer abgeschoben werden und nach wie vor deutsche Waffenlieferungen - nun endlich öffentlich zugegeben - in die Türkei gehen, Waffen, mit denen auf die Zivilbevölkerung und auf die Widerstandsbewegung geschossen wird.

Der Redebeitrag von Claudia Roth war nur als peinlich zu bezeichnen, denn in platt-agitatorischer Weise beschwor die grüne Abge-

ordnete wieder einmal das Bild weinender, um ihre Kinder oder Gatten klagender Mütter bzw. (Ehe)Frauen, womit sie die Vorstellung von "reinen", passiven Opfern festschrieb. Die kurdische Widerstandsbewegung mit ihren aktiven Frauen blieb unerwähnt.

Auch in **Bochum** traten bei Solidaritätsaktionen für das kurdische Newrozfest Vorfälle auf, die die Grenzen der Geschmacklosigkeit weit überschritten und mehr als ein Zeichen mangelnder politischer Grundlagen und Diskussionen gewertet werden konnten als ein Solidaritätszeichen mit dem kurdischen Volk und seinem Widerstand.

In Bochum wurde das Newrozfest gemeinsam von kurdischen und deutschen Frauen aus Bochum veranstaltet. Ein kurdisch-deutscher Theaterbeitrag widmete sich der Okkupierung Kurdistans durch die Türkei, durch Syrien, den Iran und Irak. Zur Begleitung von Musik bewegte sich auf dem Boden eine Frau in Trauer, die ihren Körper mit einem weißen Tuch bedeckt hielt. Sie sollte die verzweifelte "Mutter Kurdistan" darstellen, die um ihre "Fesseln" und ihre geopfert "Kinder" weint. Zur weiteren Symbolisierung der Fesselung "Mutter Kurdistans" traten vier weitere Frauen auf die Bühne, die sich gewaltsam um die "Mutter" stritten und an ihr mittels Seilen herumrissen. Auf ihren Gewändern trugen die Frauen die Namen der Länder und Nationalitätszugehörigkeiten. Sowohl die Zuschreibung des Landes Kurdistan als "Frau" und "Mutter" als auch die Personifizierung der Länder Syrien, Iran, Irak und der Türkei als "Frau" (auch als "Mensch") sind Allegorisierungen. Im Laufe der französischen Revolution und der Nationalstaatenbildung, aber auch schon in den Stadtstaaten von Athen und Sparta, sind solcherlei Werbeträgerinnen bzw. "Kühlerhaubenfiguren" schon immer benutzt und mißbraucht worden. Frauen mußten ihren Körper hergeben, um

abstrakte Ideen von "Freiheit", "Brüderlichkeit", "Nationalität", "Revolution", "Gesetz", "Sieg", "Okkupation", usw. zu verkörpern.

In Wirklichkeit hatten sie aber nie mehr zu melden, als still als Bild oder in Stein gehauen auf Sockeln zu stehen, von denen sie bloß nicht herabsteigen sollten, um sich anders, als es die geforderte Respektabilität verlangt, zu verhalten.

Mag das staats- und nationenverkörpernde Spiel mit den Allegorien noch aus Unsachverstand an der Funktion von Allegorien (aber trotzdem) geschmacklos gewesen sein, so war der deutsche Frauenbeitrag "der" Allegorie "Türkei" schon sowohl kriegshetzerisch als auch solidaritätsspaltend. Leider war nämlich nicht nur Fakt, daß die Frauenallegorie "Türkei" das Landessignum "Türkei" trug, sondern auf der vorderen Körperseite trug sie in großen schwarzen Lettern die Bezeichnung "Türk", was abstrakt besehen und übersetzt soviel heißt wie "Türke" (oder konkreter besehen, weil sie eine Frau war: "Türkin"). Die provozierte Reaktion daraufhin war beschämend: Aufgrund der derzeitigen Kämpfe in Türkei-Kurdistan standen Männer auf und beschimpften mit agitatorischen und kämpferischen Parolen den so abstrakt symbolisierten und allegorisierten "Türk".

Normalerweise sind solche Kampfesparolen in kurdischen und türkischen Veranstaltungen an der Tagesordnung und ein lebendiger Beitrag der kämpferischen Grundeinstellung. Normalerweise muß sich auch nicht die abstrakte Frauenallegorie persönlich beschimpft fühlen, sondern nur das wird beschimpft, wofür sie als Funktionsträgerin steht. In dem Bochumer Fall wurde jedoch nicht der türkische Staat als "Türkiye" beschimpft, sondern in abstrakt-generalisierender Form der Mensch als "Türk". Dabei wurde die politische Beschimpfungskanonade weitaus mehr von ihrer abstrakten Ebene gelöst und personalisiert. Das ganze Szenarium wäre nun nicht schwerwiegend, wenn sich allein Kurdinnen oder Kurden versammelt hätten. Das Szenarium wäre auch nicht schwerwiegend, wenn deutsche Frauen einen eigenen Theaterbeitrag und eine eigene deutsche und Frauensolidarität entwickelt hätten. Jedoch, unter den Festgästen befanden sich auch türkische Frauen und Männer aus dem politisch linken Widerstand, und ich erinnere mich der Besorgnis eines türkischen Freundes, zu dieser Zeit ungerne auf kurdischen Festen zu sein, da auch sie als "Türken", als "Feinde des kurdischen Kampfes" ständig attackiert würden. Wenn also bislang die Kon-



Kurdistan ist das Armenhaus des Nahen Ostens. Grundnahrungsmittel ist selbstgebackenes Fladenbrot. Bekleidung und vor allem Schuhe sind Mangelware.

flikte zwischen Kurdinnen und Kurden und der türkischen Regierung bestanden, so bestehen sie seit neuestem verstärkt zwischen Kurdinnen, Kurden und dem türkischen Volk. Eine Szene, wie sie in Bochum stattfand, ging nicht spurlos an den Anwesenden türkischer Nationalität vorüber, und sie verursachte nicht nur Schmerz über solcherlei Pauschalierung, daß alle im Raum befindlichen türkischen Menschen "Regierungsvertretungen" seien, sondern auch Angst. Angesichts der Tatsache, daß in Deutschland lange die "Ausländerfeindlichkeit" mit "Türkenfeindlichkeit" gleichgesetzt werden konnte (und immer noch werden kann), ist ein solcher Beitrag aufhetzerisch und rassistisch.

So ein Beitrag kann Sympathien auf einer Seite hervorrufen, die wir im Grunde bekämpfen. So ein Beitrag, von Deutschen gespielt, "spielt" mit der Spaltung von linken türkischen und kurdischen revolutionären Widerstandskräften und fördert die Angst beider Seiten voreinander, anstatt sie abzubauen.

Und so ein Beitrag, von deutschen Frauen mitgemacht, mischt sich in unsachgemäßer Weise in eine Politik, die wir als Deutsche nicht aus in diesem Fall "platter (Kurdinnen)Sympathie" einseitig mitbestimmen sollten, um irgendwelche Sympathiefründe zu sichern. So ein Beitrag, von deutschen Frauen mitgemacht, macht sich freiwillig abhängig und unterwirft sich staatlich-nationalistischen abstrakten und patriarchalischen Prinzipien, von denen wir uns als in der Frauenpolitik stehende schon längst freigemacht glaubten. Die Szene, von deutschen Frauen mitgemacht, erinnert in abscheulicher Weise an die weiblichen Liebesgaben, die bürgerliche Frauen schon immer zu Kriegs- und Aufstandszeiten auf den "Altar des Vaterlandes" legten, waren es Haaropfer, Geldspenden, Söhne und Töchter oder heute einseitig stupende Sympathien anhand von Allegoriespielchen. In ähnlich verdummender Weise erging der Aufruf einer deutschen Frau, daß die Geldspenden des Abends für kurdische Frauenprojekte gestiftet werden sollten. Allein der Anreiz "Frauenprojekt" und "kurdisch" sollte Werbeträger dafür sein, das Geld in den Taschen der fortschrittlichen Genossinnen und Genossen locker zu machen. Für welches kurdische Frauenprojekt gesammelt wurde, ob in Deutschland oder in Kurdistan, wurde nicht gesagt; ob für KOMKAR oder die PKK, ob für die Frauenorganisation YKD in der Türkei oder die europäische Kurdinnenorganisation YJWK - nichts dergleichen kam der eifrig deutschen Moderatorin über die Lippen. Andere aber als diese genannten kurdischen Frauenprojekte gibt es nicht, und erst recht nicht in Türkisch-Kurdistan.

Gleichfalls wurde nichts darüber verlautbart, wie weit die Allianz von kurdischen Frauen und deutschen Bochumer Feministinnen ging, d.h., inwieweit deutsche Feministinnen ihr Verhältnis zum kurdischen Widerstand geklärt hatten und inwieweit die deutsche Frauenpolitik in Zusammenarbeit mit kurdischen Frauen aufgegeben, zurückgestellt oder auch vertieft wurde. Bislang jedenfalls, wenn wir die Diskussionen zwischen kurdischen Frauen und dem westeuropäischen Feminismus verfolgen (z.B. in Özgür Halk, Yeni

Ülke, Kurdistan-Report, usw.), ist bekannt, daß Frauen im kurdischen Widerstand dem Feminismus als Ideologie und der Lesbenbewegung ablehnend gegenüberstehen. Das bedeutet aber keineswegs, behaupten zu dürfen, Kurdinnen seien nicht frauenpolitisch tätig. Es mag nur verdeutlichen, daß über das "Frau-Sein" und den Feminismus allein keine

Solidarität mit Kurdinnen und dem kurdischen Widerstand möglich ist und daß durch Ungeklärtheiten und durch die Suggestierung von allesumfassender "Schwesterlichkeit" Gegensätze durch Scheinwelten harmonisiert werden, die offensichtlich vorhanden sind, jedoch nicht offen ausgetragen werden. Offene Austragung solcher Gegensätze und damit die Hinterfragung der eigenen westlichen Konzepte verhindern aber nicht Solidarität, sondern fördern sie im Grunde genommen.

Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was ich oben mit dem veränderten Konflikt zwischen Türkisch-Kurdistan und der Türkei anschnitt. Seitdem die Frühjahrs-/Newrozoffensiven begannen, ist die Stimmung bei Teilen des türkischen Volkes rapide umgeschlagen. Es bestanden auch schon vorher Spannungen zwischen kurdischen Widerstandskämpfern und kurdischer Zivilbevölkerung auf der einen und türkischen sozialistischen Linken und türkischer Bevölkerung auf der anderen Seite. Offen ausgetragene Repressionen gingen jedoch bisher nur von der türkischen Regierung, den Militärs und Geheimdiensten aus. Nur ver-

2monatige Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen  
 - AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus  
 - Probleme der Antifa-Arbeit  
 - Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan  
 - aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan  
 - kulturelle Aktivitäten  
 - internationale Solidarität  
 und vieles mehr...

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto  
 Abonnementbedingungen:  
 10 Nummern 20,- DM + Porto  
 20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:  
**DIDF**  
 Jägerstr. 77  
 4100 Duisburg 11

Aus der Türkei \* \* \* \* \* Aus Türkei-Kurdistan \* \* \* \* \* Aus der BRD  
**Tatsachen**  
 Zeitschrift der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

steckt gab es Unverständlichkeiten bei Teilen der türkischen Linken gegenüber dem kurdischen Widerstand, mangelnde Solidarität auf Demonstrationen, Sabotage und verbalen Rassismus. So konnten es einige türkische Linke nicht begreifen, warum kurdische Widerstandskämpfer auf die jungen Auszubildenden der türkischen Armee schossen, die zu ihrem Ausbildungsdienst in die östlichen, kurdischen Provinzen verschickt wurden. Einige türkische Linke sagten, die jungen Auszubildenden könnten schließlich nichts dafür, daß sie dort im Osten "verheizt" würden, und deshalb dürfe auf sie nicht geschossen werden. Ideen zu desertieren diskutierten sie jedoch kaum, und es gab nur wenige türkische linke Männer, die sich dem Kriegsdienst mit der Waffe durch Flucht entzogen. Im Gegenteil wurde sogar dahingehend argumentiert, innerhalb der türkischen Armee die Strategie und Taktik der Kriegführung zu lernen, um sie dann im Klassenkampf und als Beitrag zur Revolution anzuwenden. Daß junge türkische Männer vom türkischen Staat programmatisch in kurdische Provinzen abkommandiert wurden, um sie dort "verheizen" zu lassen und für eine entsprechende Stimmung zu sorgen, wurde angesichts der eigenen "Vorteile" wie "Klassenkampfoperationen" und "Strategie" nicht diskutiert.

Innerhalb des Zusammenlebens zwischen kurdischen und türkischen Linken war bislang eher die Stimmung, miteinander auf irgendeine Art "Spaß" haben zu wollen. Das ging im

Alltagsdiskurs so weit, daß türkische Männer mir kurdische Männer als "assimilierte Kurden" vorstellten. Ich selbst war über diese Form der persönlichen Vorstellung erstaunt und fragte daraufhin die mir so Vorgestellten, ob sie diese Form akzeptierten. Daraufhin entstanden Gespräche, und die kurdischen Männer meinten, daß sie diese Form nicht mochten, die türkischen Männer meinten jedoch, daß alles nur ein "Scherz" sei, und ich, als Journalistin, durch meine Art der Fragestellung ihnen nicht den Spaß rauben und die schöne Spaßharmonie zwischen Türken und Kurden nicht auf diese Art zerstören sollte. Es traten damit sowohl Kontroversen zwischen der kurdischen und türkischen Linken auf als auch zwischen der türkischen Linken und mir als deutscher Journalistin.

Ich erklärte dann meine persönliche Sensibilisierung zu solchen Fragen angesichts der deutschen Geschichte im Faschismus, der Ermordung unzähliger Jüdinnen, Juden, Ro-

ma, ZwangsarbeiterInnen, usf. und unseren Bemühungen, Rassismus sowohl in den Medien als auch in der Sprache aufzuarbeiten. Kurdische Linke und Intellektuelle fanden das interessant, weil sie davon bislang nicht so viel gehört hatten.

Als Argument, deutsche antirassistische Widerstandsarbeit zu verstehen, führten im Anschluß daran türkische Linke an, "wir" als Deutsche hätten während des Nationalsozialismus schließlich auch Millionen Menschen umgebracht. Als jedoch dann auf die mehreren tausend ermordeten kurdischen Frauen, Kinder und Männer im Jahre 1988 während des Giftgasmassakers im Irak (Halabja) verwiesen wurde, als dann auf die mit deutschen Waffen durchgeführten Bombardierungen auf irakisch-kurdische Siedlungen verwiesen wurde, fühlten sie sich beleidigt und reagierten abwehrend mit "Ich selbst bin aber nicht so" oder "Ich selbst verfolge keine Kurden" oder "Ich selbst bin nicht rassistisch gegen Kurden, aber sie dürfen nicht unsere jungen Rekruten umbringen".

Noch einmal deshalb kurz zusammengefaßt:

Bis kurz vor dieser Frühjahrsoffensive gegen die kurdische Zivil- und Widerstandsbevölkerung schwelte der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem kurdischen Volk. Unterschwellig war er aber auch vorhanden zwischen Teilen der kurdischen und türkischen Linken sowie tendenziell zwischen dem kurdischen und türkischen Volk.

Wer die Berichterstattung verfolgt, wird sich erinnern, daß in Istanbul Interviews durchgeführt wurden, wie sich die türkische "Volksmeinung" zu den Kämpfen in Türkisch-Kurdistan äußert. Viele türkische Frauen und Männer bekannten sich in den Medien mit einem Mal offen zu einem türkischen Nationalismus, der die sogenannten "separatistischen Bestrebungen" im "Osten" verurteilte; nur wenige schienen der Ansicht, daß Kurden ein Recht auf ihre autonomen Bestrebungen besäßen. In Stuttgart und anderswo führten am 4. April 92 türkisch-nationalistische Vereine protürkische und antikurdische Demonstrationen durch. Das bedeutet, politisch weitergedacht, daß die Demirel-Regierung schaffte, was Özal nicht geschafft hat, nämlich rassistische Kräfte im türkischen Volk gegen das kurdische Volk zu mobilisieren, und damit kommen neue Probleme auf den kurdischen Befreiungskampf zu.

In Kurdistan wird das Newrozfest am größten gefeiert, dem lange Vorbereitungen voran-

gehen. Am Vorabend des Festes versammeln sich die Menschen auf den Bergen und entzünden große Feuer in Erinnerung an den Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen den legendären grausamen König Eshdedak (bzw. Dehaq).

Newroz ist kein türkisches bzw. asiatisches Fest, auch wenn dies die türkische Regierung zu behaupten versucht. Die Fehlinformation ist ein weiterer Ausdruck der Unterdrückung der politischen und kulturellen kurdischen Existenz. Newroz ist ein kurdisches Nationalfest, das - mit kurdischen Symbolen gefeiert - insbesondere in der Türkei grausam unterdrückt wird. In aller Öffentlichkeit demonstrativ Newroz zu feiern ist deshalb in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan lebensgefährlich. Trotzdem lassen es sich die kurdischen Frauen, Kinder und Männer nicht nehmen, Newroz zu feiern. Schon lange vor Beginn des Festes sind auch in diesem Jahr in Türkisch-Kurdistan die türkischen Armee- und Sicherheitstruppen verstärkt worden,

die es darauf anlegen, daß Newroz kein friedliches Fest ist, sondern es zu erneuten Massakern kommt. Kriegsvorbereitungen dazu finden auch durch die Medien statt, indem sie einseitig Bericht erstatten.

Schon am Morgen des 21. März berichteten deutsche Nachrichtenmedien von vielen Toten in Adana und Siirt; mit den Erschossenen von Sirnak, Cizre und Nusaybin am Morgen des Tages nach Newroz ist die Zahl auf mehrere hundert gestiegen. Neben den Toten des Erdbebens in der kurdischen Provinzhauptstadt Erzincan und Umgebung wird dieser Monat nicht nur ein kurdischer Kampf-, sondern auch ein Trauermonat.

Newroz entstand im Jahre 612 vor unserer Zeitrechnung. Zu dieser Zeit regierte der Teufel Iblis in Gestalt des despotischen Tyrannen Eshdehak im ganzen Land der Kurden und Kurden. Eshdehak litt an einer schweren Krankheit, die ihm der Teufel Iblis, um sich den König gefügig zu halten, zugefügt hatte und von der ihn keine Ärzte heilen konnten.

Durch den Teufel verursacht, wuchsen Eshdehak zwei Schlangen aus den Schultern, die ihm fürchterliche Qualen bereiteten. Eines Tages verordnete ihm der Teufel in Gestalt eines Arztes, er müsse täglich die Gehirne junger kurdischer Männer den Schlangen zum Fraß geben, da diese nur gesättigt keine Schmerzen verursachen würden. Weil sich der König nicht vom Pakt mit dem Teufel befreien konnte (er quasi "gewissenlos" war), wurden auf diese Weise Tausende von Kurden ermordet.

In den Wäldern Kurdistans lebte aber ein Schmied namens **Kawa**, der eines Tages alle Männer, die aus Angst vor dem grausamen König in die Wälder geflohen waren, um sich versammelte. Anstelle der zu opfernden Kurden wollte er selbst mit den Wachen gehen, und dann sollte auf dem Gipfel des höchsten Berges ein Feuer entfacht werden, um alle Kampfwilligen und Aufständischen zu versammeln, die Kawa befreien und Eshdehak entmachten sollten. Der Plan gelang, und seit dieser Zeit feiert das Land jedes Jahr auf den Bergen den Jahrestag des Feuers, an dem Kawa den Aufstand gegen die Unterdrückung organisierte. (1)

#### Anmerkung:

(1) Wie es sich für eine Legende gehört, wird zuweilen der Vorgang des Aufstandes bzw. das "happy end" unterschiedlich ausgeschmückt. In der Version von **Telek** spielt bspw. noch der 'gute' Gegenkönig **Feridun** eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung **Dehaqs**. Die Geschichte der Flucht der "christlichen" Familie Maria, Josef und Jesus nach Ägypten weist Parallelen zu der Flucht Feriduns vor dem gefräßigen König auf. Nachdem Feridun erwachsen geworden war und die Hintergründe seiner Flucht erfuhr, versammelte er ein Heer von Kampfwilligen um sich herum, das sich mit dem von Kawa vereinte. Nach der Erstürmung des feindlichen Schlosses wird der 'gute' König Feridun mit dem Anblick zweier, in dem Schloß gefangen gehaltener liebevoller Schwestern belohnt, die er von ihrem Teufelsbann "erlöst" und danach beide auf der Stelle heiratet. Von Kawa sind dergleichen "Morgengaben" nicht erwähnt.

#### Literatur:

Dshingiskhan Hasso, Newroz und die kurdischen Feste, in: Kurden im Exil, Bd. 1, hg. v. Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, dem Haus der Kulturen der Welt und medico international, Berlin (Edition Parabolis) 1991

Nazif Telek, Newroz für uns alle, Eine kurdische Legende neu erzählt, Essen (Verlag Neuer Weg) 1991.

(Thea A. Struchtemeier)

## Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Das türkische Regime richtete zum Newroz-Fest ein Blutbad unter der Bevölkerung Kurdistans an, um, wie es immer wieder beteuerte, seine innere Sicherheit zu sichern bzw. wiederherzustellen.

Das türkische Militär versicherte immer wieder, nur auf Bewaffnete zu schießen. Jedoch hielt dieses Versprechen nicht lange, so steht in den "Politischen Berichten" vom 27.3. zu lesen, daß das Militär schon Tage vor dem Fest Unbewaffnete in **Sirnak** erschöß. Die Armee provozierte mit diesem gezielten Terror die ARGK, die kurdische Volksbefreiungsarmee. Etwa 1000 ARGKler zogen daraufhin in die Stadt, um die türkische Armee zu ver-

treiben, dies gelang jedoch nicht. Stattdessen schossen die regierungstreuen Soldaten präventiv auf jeden, der sich auf die Straße traute, unter dem Vorwand, daß es sich um "Terroristen" handeln könne. Er-

schwerend kam hinzu, daß **Sirnak** den Tag über von Kampfflugzeugen der Luftwaffe bombardiert wurde. Das "Ergebnis" des Massakers nur an diesem Tag und ausschließlich in **Sirnak** waren: 25 "dem Erdboden gleichgemachte" Häuser, mehrer Dutzend Tote und über hundert Verletzte. In **Cizre**, nahe der irakischen Grenze, fuhren Panzer in eine Kundgebung und schossen tollwütig auf alles, was sich bewegte. Der Vorsitzende der Menschenrechtsvereins von **Diyarbakir**, **Fevzi Veznedaroglu**, beschrieb die Lage in **Cizre**, bei einem Telefongespräch mit dem **Kurdistan Komitee** in Köln als "Kriegszustand". 25000 Menschen haben sich an fünf Punkten der Stadt versammelt, um an den Gräbern der gefallenen Guerillakämpfer zusammenzukommen. Je-

doch hatte die Armee alle Ein- und Ausfahrtstraßen **Cizres** verbarrikadiert, als die Menge in deren Nähe kam, eröffneten die Militärs das Feuer auf die wehrlosen Demonstranten. "Es gibt viele Tote und Verletzte. Sie fuhren mit den Panzern auf uns los...Es ist Krieg."

Einen Tag nach den gewaltsamen Massaker an Unschuldigen gingen in **Nusaybin** 5000 Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit den Getöteten zu be-

kunden, doch auch hier wieder das gleiche Schema wie am Vortag, das türkische Regime will mit aller Macht ein Exempel statuieren. Am 23.3. berichtet das Kurdistan-Komitee, sei den regierungstreuen Soldaten in **Sirnak** die Munition aus-



Genscher-Karikatur in der Zeitung *Hürriyet*:  
Verkörperung der Bösen

gegangen, die Militäreinheiten wurden von den Guerilleros zerschlagen, sie fügten dem Militär schwere Verluste zu. Die ARGK griff alle staatlichen Institutionen in **Sirnak** an - das Blatt schien sich zu wenden. Jedoch wurde über den Kreis **Cizre**, der auch **Sirnak** einschließt, eine Ausgangssperre verhängt, aufgrunddessen fehlte den Guerilleros Brot und Wasser, der Strom wurde auch häufig unterbrochen. Jedoch am schlimmsten sollen sich die Bombardierungen auf **Cizre** ausgewirkt haben.

Der Schießbefehl sei, so das Kurdistan-Komitee weiter, durch den Ministerpräsidenten (**Süleyman Demirel**) und den Generalstab selbst erteilt worden. Im weiteren berichtet das Kurdistan Komitee, daß Militäreinheiten aus Di-

yarbakir und Umgebung nach Cizre und Sirnak geflogen wurden, sowie daß alle ausländischen Beobachter aus der Stadt gejagt wurden, seit dem ist die Nachrichtenverbindung nach Kurdistan unterbrochen.

Fevzi Veznedaroglu berichtete dem Kurdistan-Komitee, daß "alle Schützenpanzer, Maschinengewehre, die das türkische Militär für die Massaker in Cizre und anderen kurdischen Städten einsetzt, aus Deutschland" stammen. Beweise für die Anwendung von Waffen aus deutscher Produktion gibt es jedoch nicht, denn, so meldete die Vereinigung der Auslandspresse in Istanbul, bei einer Hausdurchsuchung bei dem deutschen Journalisten Axel Koster in Cizre sei das Bildmaterial beschlagnahmt worden, "das den Einsatz deutscher Waffen im Südosten der Türkei beweise." (FAZ) Wieder einmal bewahrheitet sich der Satz, daß deutsche Waffen, deutsches Geld mitmorden in aller Welt.

Obwohl bereits seit mehreren Jahren Berichte über Folterungen in der Türkei den staatlichen Stellen vorliegen, wird die Türkei wie viele andere Unrechtsregime mit der "Militärhilfe" beliefert. Sie besteht aus Materiallieferungen der Bundeswehr, an "be-

dürftige" Armeen befreundeter Länder. Im Rahmen der Militärhilfe wurde im Dezember 1990 zwischen der BRD und der Türkei ein Materialhilfeabkommen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark, auf dem Hintergrund des Golfkonflikts vereinbart. Das Hilfeabkommen schloß "Waffen aus den Beständen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR (NVA), aber auch umgebaute Kampfpanzer vom Typ Leopard I und 45 Aufklärungsflugzeuge des Typs RF 4 E (Phantom)" ein. (Süddeutsche Zeitung) Der Spiegel komplettierte die Liste der Waffenlieferzusagen, so wurden bereits 300 Radpanzer, 100 Millionen Patronen, 256000 Kalaschnikows und 50000 Stahlhelme geliefert.

Reichlich spät erst ließ sich die Bundesregierung von ihrem Fehlentschluß, Waffen an dies Regime zu liefern, abbringen. Erst am 7. November 1991 wurde im Haushaltsausschuß ein Beschluß gefaßt, der die weitere Lieferung von Waffen an die Türkei untersagt. Zu diesem Zeitpunkt jedoch waren schon 135 der versprochenen 150 Leopard-Panzer an die Türkei geliefert, so daß sich der Beschluß nur auf den kläglichen Rest von 15 Panzer bezog. Nichts desto trotz wurden auch diese entgegen dem Beschluß des Haushalts-

## ANZEIGE



**AFRO  
LATIN  
MUSICPUB**

**Café  
Cuba**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

ausschuss an die Türkei geliefert, und zwar, wie ein Sprecher des Verteidigungsministerium am 27. März beteuerte, durch ein Versäumnis im Beamtenapparat des Ministeriums. Der säumige Beamte war schnell gefunden und wurde gleich in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, es war der sechzigjährige Wolfgang **Ruppelt**, Rüstungsabteilungsleiter im Verteidigungsministerium.

**Stoltenberg** wertete seinen Ex-Beamten als den dritthöchsten in seinem Ministerium auf, wohl in der Hoffnung, daß die "hohe Qualität" des Opfers die Presse befriedigen könnte. Stoltenberg, der noch am Montag den 30. März jede persönliche Konsequenz aus der Panzeraffäre mit den Worten, zwar "für den gesamten Geschäftsbereich des Bun-



**Ex-Verteidigungsminister  
Stoltenberg**

Nicht jeder schlimmere  
Fehler. dürfe zum  
Rücktritt führen

desministers der Verteidigung" verantwortlich zu sein, jedoch das dürfe nicht bedeuten, "daß jeder konkrete und auch schlimmere Fehler automatisch Konsequenzen für den Minister hat" (Frankfurter Rundschau), ablehnte, trat am 31. März auf Anraten seiner Parteifreunde Kohl und Schäuble doch zurück. Mit ihm wurden auch seine parlamentarischen Staatssekretäre

Willy **Wimmer** und Otfried **Hennig** entlassen. Hennig ist auch CDU-Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.

Der geopferte Ruppelt war bei der Sitzung des Haushaltsausschuss am 7. November, bei dem die Sperre der Türkei-Lieferungen beschlossen wurde, anwesend. Auf dieser Sitzung sagte er den Anwesenden, daß sich das Verteidigungsministerium nicht gegen die Beschlüsse des Haushaltsausschusses wenden werde. Doch alles kam anders. Ruppelt mußte gehen, weil er es versäumte, den Beschluß der Rüstungsfirma **Krauss-Maffei** mitzuteilen, die die Panzer für den Einsatz in der Türkei umbaute. Es mußte jedoch mehrere Versäumnisse gegeben haben, denn um militärische Güter durch deutsche Lande zu fahren, bedarf es einer Transportgenehmigung der Bundeswehr, welche bekanntermaßen dem Verteidigungsministerium untersteht.

In der taz vom 1.4. finden wir einen möglichen Erklärungsansatz für die Versäumnisse des Verteidigungsministerium. Dort steht, daß Bundeskanzler Kohl dem neuen Außenminister der Türkei, Cetin, bei dessen Antrittsbesuch in Bonn, am 18. Dezember "die Aufhebung der vom Haushaltsausschuß am 7. November verfügten Sperrung von 25 Millionen Mark Rüstungssonderhilfe an Ankara "in Aussicht" stellte. Dies soll Kanzleramtsminister Bohl am 28. Februar in einem Brief an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Rudi Walter, geschrieben haben. Dies ist jedoch ein Widerspruch, denn die Panzer wurden ausgeliefert, da Krauss-Maffei nicht von der Liefersperre in Kenntniss gesetzt wurde. Einen Monat später bittet der Außenminister der Türkei um die Aufhebung der Liefersperre. Dem Verdacht der Bestechung können sich die Herren Stoltenberg & Co nicht mehr entziehen. Denn wie sonst könnten so widersprüchliche Meldungen entstehen. Aber diese Praktiken des Verteidigungsministerium sind schon spätestens seit der ersten Panzeraffäre im Oktober/November letzten Jahres bekannt. Als das Bundesverteidigungsministerium und der Bundesverfassungsschutz gemeinsam versuchten, Panzer und Aufklärungsgerät aus Beständen der ehemaligen NVA der DDR als landwirtschaftliche Fahrzeuge zu deklarieren und so illegal außer Lan-

des zu schaffen, obwohl dieses nach deutschen Gesetzen verboten ist.

Im überwiegenden Teil des deutschen Blätterwaldes haben die Ereignisse in Sirnak, Cizre und Umgebung, im Vergleich zur "Stoltenberg-Affäre", nur sekundäre Bedeutung. Statt über das Massaker zu berichten, ist die deutsche Presse auf der Suche, aus den Geschehnissen um das Newroz-Fest einen innenpolitischen Skandal zu konstruieren, statt durch eine direkte und schonungslose Berichterstattung über den NATO-Partner und Folterer Türkei zu berichten und die "Militärhilfe" der Bundesregierung kritisch zu durchleuchten, wird Ex-Verteidigungsminister Stoltenberg ins Licht der Öffentlichkeit gerückt und schließlich, nach kurzen Pressegerangel, zum Rücktritt überredet.

Die Ablösung Stoltenbergs war zwar notwendig, denn ein Minister, der verantwortlich für zwei Panzeraffären ist, hätte schon die Konsequenzen aus der ersten großen Fehlleistung seines Ministeriums ziehen müssen. Bei dem Kaliber dieses Skandals reichte die Servierung eines Baueropfer nicht aus, all das bringt die Sache in Kurdistan jedoch nicht voran.

Die Vorgehensweise ist wieder typisch deutsch, man hält auf internationalem Parkett die Klappe, weil man Angst vor internationaler Kritik hat, daß Deutschland z.B., aus irgendeinem unerfindlichen Grund, mit "Nazi-Deutschland" verglichen wird, wie es der türkische Staatspräsident Turgut Özal machte. Eigentlich sollte Deutschland, d.h., seine Regierung aus der Vergangenheit gelernt haben, daß nämlich Waffenlieferungen an einen Staat, der Folterungen und Demütigungen gegen 12% seiner Bevölkerung anwendet nicht unterstützt werden darf. Im "Spiegel-TV" vom 29.3. wurde gezeigt, mit welchen terroristischen Mitteln der türkische Geheimdienst die Kurden drangsaliert. So wurden mehrere Wohnungen Oppositioneller gezeigt, in die die Polizei gewaltsam eindrang und auf Wohnungsinsassen schoß. Interviewt wurde ein ca. dreißigjähriger Kurde, der vor den Augen seiner Familie mit Elektroschocks, kalten Wassergüssen auf den nackten Körper und Quetschungen der Geschlechtsteile gefoltert wurde. Doch die deutsche Regierung ist an keiner Verschlechterung der Bezie-

hungen zwischen der Türkei und Deutschland interessiert. Man setzt sich über Beschlüsse hinweg, ohne ihre Bedeutung nur im mindesten nachvollziehen zu können. Die Türkei exportiert 25% ihrer Waren in die BRD, die Türkei erhält 15% ihrer Importe aus Deutschland, die Türkei lanciert damit unter den 20 wichtigsten Handelspartner der BRD (FAZ). Einen so wichtigen Handelspartner darf man doch nicht vergrämen! Kohl reagierte auf die großkotzigen, die Bundesregierung beschimpfenden Anmerkungen des Staatspräsidenten Özal, mit den Worten: "in Ton und Inhalt nicht hinnehmbar". Kohl kam die Taktik seines Gegners, der die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf einen Nebenkriegsschauplatz lenkte, sehr gelegen. Denn so braucht er nicht zu hoffen daß die Affäre auch noch internationale Konsequenzen nach sich zieht, wenn die Welt nur auf die Äußerungen Özals mit kritischem Auge schaut. In der Türkei hingegen riefen die Handelskammern in verschiedenen größeren Städten zu Boykottmaßnahmen gegen deutsche Produkte auf. Aber solange unsere Regierung meint, mit Waffenlieferungen in Krisengebiete Arbeitsplätze zu sichern, stehen den Diktatoren und Agitatoren dieser Welt die Türen deutscher Waffenschmieden sperrangelweit offen, und die Toten - bei den Auseinandersetzungen in Kurdistan sollen wieder bis zu 400 Menschen getötet worden sein - kommen auf den Abfallhaufen der Geschichte. Was soll's, das Leben geht weiter. Leben?

#### Anzeige



**CILA**

CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr  
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str.22/Nordmarkt  
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

## "ELSE, WOHIN?"

### EIN FRAUENKABARETT MACHT FURORE



Seit einigen Monaten gilt das Frauenkabarett "Else, wohin?" nicht mehr nur bei eingeschworener Anhängerschaft in Recklinghausen und Umgebung als der Geheimtip. In immer mehr Städten sorgte die Gruppe, die von drei Frauen, Andrea, Eva und Heike, gebildet wird, für Furore. Frauen und Männer sind von ihrem Programm gleichermaßen begeistert.

Da dies Kabarett sich zunehmend auch mit Themen wie Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beschäftigt, auch schon auf einigen Solidaritätsveranstaltungen für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aktiv wurde, war es uns schon seit längerem ein Herzenswunsch, ein Interview mit diesem Kabarett zu machen - hier isses:

**AntifaZ:** Ihr heißt "Else, wohin?" - wie kamt Ihr auf diesen etwas merkwürdigen Namen?

**Heike:** Else, das soll den Ruhrgebietcharakter der Gruppe verdeutlichen, für uns klingt "Else" nach Ruhrgebiet...

**Eva:** ...genau, das ist so eine bodenständige Frau, eine, die so mitten im Leben steht, eine richtig kernige Ruhrgebietsfrau...

**AntifaZ:** Und der zweite Teil, was wollt Ihr mit dem "Wohin?" ausdrücken?

**Andrea:** Ja, das ist auch ein wichtiger Bestandteil, wir wollen etwas offenlassen, wir wollen keine vorgefertigten Antworten...

**AntifaZ:** Ihr wißt nicht, wohin Ihr wollt...wollt Ihr das ausdrücken?

**Heike:** Wir wollen zumindest erstmal thematisieren, daß es die Frage nach dem "Wohin" gibt...

**AntifaZ:** Aber die Antwort auf die Frage bleibt Ihr schuldig?

**Eva:** Nein, die bleiben wir natürlich nicht schuldig, aber wir wollen sonne(=solch eine, d.S.) Spannung aufbauen, wir sind erstmal offen, und dann wird das Publikum...

**Heike:** ...das wird auch erst mal offen...

**Eva:** ...wird das Publikum von uns überzeugt.

**Andrea:** Aber ich mein, es is doch ein wunderschöner Name, dafür haben wir auch lange gebraucht, und wir sind vollkommen überzeugt, daß dieser Name zu uns paßt...

**AntifaZ:**...dazu geben wir keinen Kommentar ab, sonst hätten wir vielleicht kritisch gefragt, ob sich ein Frauenkabarett nicht auch "Paul, wohin?" hätte nennen können...

**Andrea:** Es geht doch schon irgendwie darum, Stellung zu nehmen zu unserem Standpunkt, daß Frauen sich aufgemacht haben zu

neuen Ufern, daß Frauen auf der Suche sind nach neuen Zielen,...

**Heike:**... und wir fragen uns, wohin wir wollen, wir wissen zwar ganz viel, was wir nicht wollen, aber wir müssen herausfinden, wo es für uns lang geht.

**AntifaZ:** Ihr habt am Anfang Eures Programm so eine Passage, "Warum bin ich bei Else", können wir das nicht wörtlich mit in das Interview einbauen? Habt Ihr das so spontan auf der Platte? Also, Eva, warum bist Du bei "Else"?

**Eva:** Ja, ich bin bei Else, weil ich mich hier so unheimlich gut aufgehoben fühle, es herrscht hier, ja, herrscht is jetzt Scheiße, es gibt hier eine Atmosphäre, die ich kaum beschreiben kann zwischen uns Frauen, und...ich verkleide mich auch gerne.

**AntifaZ:** Das war schon alles?

**Heike:** Ja, die Eva hat vergessen zu sagen, wenn ich das eben nachfügen darf, daß sie Löwin ist, vom Sternzeichen her, und ihre Assistentin hat sie in der ... Ziege, soweit ich mich erinnere, und das paßt sehr gut zu meinen Sternzeichen, ich bin Wasserfrau, und meine Assistentin hab ich in der, in der ... Kuh. Ja. Und, das wird die Andrea gleich noch weiterführen, daher gibt es positive Vibrationen, wie man so schön sagt, das ist ein Grund, warum ich bei Else arbeite, was eine gute Basis gibt, dann fühle ich mich hier auch sehr geborgen, wir reden über alles, es gibt keine Tabus,...

**Eva:** Die Heike, die redet immer zu lange, finde ich...

**Heike:** H mmmh. Was wollte ich denn noch sagen, ja, daß ich mich gerne verkleide, das sag ich normalerweise, das hat sie mir geklaut.

**AntifaZ:** Du warst fertig, Heike? Dann Andrea:

**AntifaZ:** Ja, ob ich das jetzt so hinkriege. Ja, Kuh bin ich vom Sternzeichen, Aszendentin ist bei mir...die Krabbe, entschuldigt, ich komme grad von Frankfurt zurück, hab dort Feldforschung betrieben in einem Prostituiertenprojekt, bin sechs Stunden Auto gefahren, und ziemlich müde, aber nun: Warum ich bei Else bin? Ja, wir kennen uns auch so gut, und das ist die Grundlage für eine Vertrauensbasis...

**Eva:** Wir geben uns auch oft die Stichwörter...

**Andrea:** Ja, ich bin hier, weil mir die Arbeit in dieser Gruppe, mit diesen zwei Frauen, das sind zwei ganz besondere Frauen, ja die gibt mir die Möglichkeit, eine besondere, spezifisch weibliche Form von Produktivität zu entwickeln. Ich find, ich hab das jetzt echt auf den Punkt gebracht?

**Heike:** Ja, stimmt.

**AntifaZ:** Also, so langsam möchte ich eigentlich mal etwas auf Euer Programm zu sprechen kommen. Viele unserer LeserInnen kennen Euch ja sicher - noch - nicht, was sind denn so die Themen, mit denen Ihr Euch beschäftigt?

**Eva:** Das sind erstmal Themen, die vor allem Frauen betreffen, beispielsweise Abtreibung, Rassismus,...

**Heike:** ...weitere Punkte sind Fremdenhaß, Sexismus, usw.

**AntifaZ:** Wie wird denn z.B. das Thema Abtreibung von Euch ganz konkret auf die Bühne gebracht?

**Heike:** Ja, da haben wir das Hexenlied, unsere "Hexenballade", wie wir sie nennen. Hier haben wir überlegt nach einer Antwort, daß das, was in der Vergangenheit mit Frauen passiert ist, Aufhänger war dieser Prozeß in Memmingen, Aufhänger gleichzeitig natürlich auch die ganze Geschichte um das, was mit Frauen geschieht, sofern sie abtreiben, und wir haben nach einer passenden Antwort gesucht.

Wir wollten nicht wieder das ganze Thema geschichtlich aufrühren, sondern wir wollten uns einfach genau so darstellen, wie wir von männlichen Gerichten bzw. auch von dieser herrschenden Politik dargestellt werden, nämlich als blutrünstige, mörderische Hexen. Genau das haben wir eigentlich mit diesem Lied über zehn Embryonen, die da übern Teich gehen bzw. genau da rein, versucht, auf den Punkt zu bringen...

**Andrea:**...unser Ziel ist, diese herrschende Haltung mit den eigenen Mitteln zu schlagen, wir stellen uns nicht hin und lamentieren: so sind wir Frauen doch nicht, sondern wir stellen uns hin und sagen, so seht Ihr uns.

**AntifaZ:** Wir hörten, daß gerade dies Hexenlied auf Kritik, auch von Frauen, gestoßen ist?

**Eva:** Ich denke, daß viele Frauen auch schon erst mal sehr defensiv mit dem Thema umgehen, sehr vorsichtig geworden sind, sich auch eingeschüchtert verhalten. Gerade das machen wir ja in dem Kabarett nicht, daß wir Frauen uns rechtfertigen, daß wir ja doch nicht abtreiben, daß wir, wenn wir abtreiben, das nur unter Gewissenskonflikten tun, dem Verhalten wollten wir mit dem Hexenlied was entgegensetzen.

Wir wollen da offensiv zu stehen und stehen auch einfach dazu, nicht leidend und nicht entschuldigend.

**AntifaZ:** Ist nicht vielleicht auch die Kritik an Männern, an deren doppelter Moral, welche ja auch implizit in dem Hexenlied deutlich wird, von einzelnen Frauen als zu weitgehend empfunden worden?

**Andrea:** Das zum einen, und vor allem auch das Vokabular, "Fick" oder "Babykillertrip", so fängt das Lied ja gleich an, sind ja gleich die schärfsten Sachen am Anfang, wenn das dermaßen unvorbereitet kommt, dann lassen einige gleich das Visier runter, so daß kaum noch Möglichkeiten sind, zu diskutieren, was steckt da denn eigentlich hinter. Wir haben aber auch nicht viel Kritik gerade über das Lied gehört, in Herten kam die Kritik vor allem von einigen Kirchenfrauen,...

**Heike:**...ja, ich hab Kritik auch aus anderen Kreisen, auch von Freundinnen, gehört, aber am Ende wird das Lied doch so schön versöhnlich, die ersten vier Strophen sind nur auf Abtreibung gerichtet, und dann kommt auf einmal in Strophe 5 auch Vorbeugung hinzu, dann gehen eben die Embryos auch durch die Pille oder die Spirale über die Wupper, dann versöhnen sich die Frauen auch schon wieder mit uns, dann ist im Publikum auch immer so'n leichter Seufzer der Erleichterung, ja, wenn sie's mit einbeziehen, dann is ja gut, aber die Abtreibung an sich so stehen zu lassen, das ist vielen Frauen immer noch zu hart,...

**AntifaZ:** Ich denke, daß die politische Bewegung zur Zeit in dieser Hinsicht auch ein ganzes Stück schwächer ist als noch vor einigen Jahren, da Verbände wie "Lebensschützer" ziemlich in die Offensive gekommen sind,...

**Heike:** ...ja, und das hat eben auch Konsequenzen im Denken der Frauen, das haben wir auch gewollt mit dieser Szene, daß wir uns auf diese Diskussion über das "ungeborene Leben" gar nicht erst einlassen, die Frage, ob das Leben schon nach 2 1/2 Tagen als Embryo oder erst nach fünf Monaten beginnt, da kann man ja ungeheuer lange philosophische Gespräche drüber führen. Wir haben festgestellt, sobald wir uns auf diese Schiene einlassen, sind wir schon auf verlorenem Posten, weil die Prämisse falsch ist: Der Diskussionsansatz ist einfach schon Scheiße, weil wir in einer Welt, in der es allgemein kein Recht auf Leben gibt, nicht gerade denen das Recht zusprechen, über ungeborenes Leben zu diskutieren, die alltäglich dafür sorgen, daß Leben vernichtet wird, sei es in der Dritten Welt, sei es bei Flüchtlingen, RentnerInnen, Wohnungslosen, Frauen, Kindern, usw.

**Eva:** Genau, und die verfolgen natürlich erstmal das Ziel, daß sie Frauen wieder disziplinieren wollen, daß sie wieder reduziert werden auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter, daß sie halt gebären sollen, und auch das soll durch dies Hexenlied noch mal aufgekündigt werden, dadurch, daß wir als Frauen auch völlig aus dieser Rolle fallen, daß wir stattdessen blutrünstig und geifernd sind, daß wir herausfallen aus diesem herrschenden Frauenbild...

**AntifaZ:** ...was Frauen wieder zu Gebärmaschinen machen will bzw. zu deutschen Müttern, das habt Ihr ja auch versucht, mit der Figur des "Nazi" etwas rüberzubringen. Speziell zu diesem Thema meine Frage: Wie habt Ihr diesen "Nazi" konzipiert? Ist das ein Typ, ist das eine spezifisch männlich-faschistoide Struktur, oder wie habt Ihr die Figur entwickelt? Habt Ihr den Hitler oder Goebbels als Vorbild gehabt?

**Heike:** Nein, das sind ja Originalzitate von rechten Lebensschützern, die wir aneinandergereiht haben, es kommt allerdings meist im Programm nicht rüber, daß es sich um authentische Zitate handelt,...

**Andrea:** ...obwohl der Öffentlichkeit schon klar ist, daß neurechte Inhalte was zu tun haben mit der Geschichte des Nazitums, es wäre ganz sinnvoll, darüber haben wir uns auch schon unterhalten, das rüberzubringen, daß es sich um Zitate der neuen Rechten handelt,...

**AntifaZ:** ...genau da hätte ich aber noch einige Fragen. Wenn es nur Zitate rechter Lebensschützer sind, dann stellt sich die Frage, inwieweit Ihr das gesamte Problem eines neuen Faschismus, auch andere faschistische Politikinhalt, mit Eurem Programm abdeckt. Oder hattet Ihr mit dem "Typ" des Nazis vor, eine ganz bestimmte männliche Struktur zu zeigen, dieser Typ zeigt am Ende ja auch eine sehr gewalttätige männliche sexuelle Aggressivität, oder wie ist das gemeint?

**Heike:** Ja, das kam in letzter Zeit auch öfters aus dem Publikum, daß diese Figur als männlicher Typ gesehen wird, dabei war das für uns eigentlich kein spezifisch männlicher Typ, die Leute, die die neurechten Sachen vertreten, das sind Frauen wir Männer,...

**AntifaZ:** ...wenn ich da doch noch mal kurz einhaken darf, aber wird nicht die Figur vor allem im letzten Teil eindeutig ein Mann, der durch die nackte Aggressivität seine vorher dargestellten angeblich so hehren Frauenbilder als Täuschung entlarvt, indem der einfache Wunsch nach Unterdrückung der Frauen offen hervorbricht...

**Andrea:** Ja, aber es gibt auch Frauen, die dies herrschende Verhalten übernehmen, und diese Szene zum Schluß, das könnte genau so gut eine Frau sagen, die dies verinnerlicht hat, diese ganze äußere Symbolik,...

**Heike:** ...also, wenn Andrea damit auftritt, auch in ihrer Weiblichkeit sagt: "Mut zur Demut, verehrte Frauen", dann würde ich nicht davon ausgehen, daß sofort jeder und jede im Publikum schnallt, aha, das ist jetzt ein Mann, überhaupt nicht, eher im Laufe des Textes, dann wird immer mehr deutlich, daß es sich durchaus um männliche Strukturen der Inhalte handelt. Das ist ja gerade gut, daß

sich das so vermischt, daß überhaupt nicht mehr klar ist, ist das ein Mann, ist das eine Frau, was ist das überhaupt für ein Wesen? So, in dieser Darstellung der perversen faschistoiden Einstellung gegenüber Frauen, auch überhaupt gegenüber Menschen, so paßt das sehr gut in unser Konzept, daß das so etwas Unmenschliches, auch etwas Unfaßbares bekommt...

**Eva:**...wobei ich eigentlich genau richtig finde, daß die Assoziation "Typ" entsteht, also, die wirklichen Interessenten am Faschismus, das sind erst einmal Männer, die ihre Interessen auch gegen uns Frauen durchsetzen möchten,...

**Andrea:** ...Du hast aber auch neurechte Frauen, die ihr Interesse, sich genau dem zu unterwerfen, durchsetzen wollen...

**Eva:** ...ja, aber das objektive Interesse geht von Männern aus, daß wir so sein sollen, das geht von Männern aus, und das wird von Männern so geformt,...

**Heike:** ...ja, das steht ja auch deutlich im Texte, wenn es heißt:"Salben wir den Schwanz", wer auch immer den salbt, aber der "steht" im Mittelpunkt,...

**AntifaZ:** ...was dann ja schon so etwas wie die Darstellung einer faschistisch-männlichen Herrschaftsstruktur bedeutet. Nun kommen aber auch noch ganz andere "Typen" in Eurem Programm vor. Dieser typische Ruhrgebietschauvi ist ja ganz anders, bei aller Frauenfeindlichkeit ist der doch auch wieder viel mehr einer von uns, einer, der im Grunde zu den Verlierern gehört, ein kleiner Mann aus dem Volk, einer, der schon noch Sehnsucht hat nach Liebe, also eine Figur, die auch mehr Sympathie beim Publikum erhält...wo kommt denn der Typ her?

### ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo .....24,- DM

Förderabo .....30,- DM

#### Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das Konto Nr. 1 000 229 38  
BLZ 426 500 30  
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei  
Wolfgang Englisch  
Oerweg 28  
4350 Recklinghausen

**Eva:** Ich weiß zwar nicht, woraus Du entnimmst, daß der Liebe oder Zärtlichkeit sucht, das finde ich eine sehr wohlwollende Interpretation dieses Ruhrpottlers. Der will erstmal ne Frau, die zu ihm hochguckt, die ihm nichts erzählt, wo er den Takt angibt, die ihm nicht die Ohren vollabert, die von mittlerer Intelligenz sein soll, die also schon ein Stück unter ihm steht, dann ist er erst in der Lage, sich als Mann zu fühlen oder sich selbst auch toll zu finden,...

**AntifaZ:** Vielleicht kommt die Assoziation "Mitleid" auch nur durch die eindringliche Darstellung von Heike zustande, aber kommt nicht doch auch rüber, daß dieser kaputte Typ eigentlich seine Hilflosigkeit schmerzlich fühlt, daß er vielleicht auch fühlt, daß er im Grunde doch was anderes will, als "immer Sieger zu sein",...

**Andrea:** ...mag sein, daß er das im hintersten Stübchen ein ganz klein wenig fühlt, wichtiger aber ist, daß er das völlig verdrängt, sich davon distanziert, und es wird alles projiziert auf die eigentlich Schuldigen, die Frauen,...

**Eva:**...und da ist nicht ein Funken von Einsicht, zwar ne Trauer, aber keinerlei Veränderung, was sein eigenes Verhalten, sein eigenes Denken betrifft, seine leidige Art kehrt er im Prinzip auch wieder gegen die Frauen,...

**AntifaZ:**...das kommt natürlich auch rüber, diese Kritik an derart männlichem Verhalten steht deutlich im Vordergrund, doch diese zweite Seite ist auch vorhanden...

**Heike:** ...ja, das stimmt schon, ich mochte den auch, diesen Typen, man muß ja noch sagen, das sind ja insgesamt drei verschiedene

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift ANTIFAZ bis auf Widerruf.

Name: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

#### Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite .....80,-DM

1/3 Seite .....60,-DM

1/4 Seite .....50,-DM

Typen, die in dieser Szene dargestellt werden, die wir jetzt zusammengefaßt haben, aber ich mach die alle drei auch mit großer Sorgfalt und auch mit ner gewissen Sympathie, nicht Sympathie zu den Inhalten, die die da von sich geben, sondern zu den Männern, die ich darstelle. Die würde ich zwar nicht gern haben, und die würden sich auch nicht in meinen Dunstkreis schleichen können,...

**AntifaZ:**...das würde Dir vermutlich auf-fallen,...

**Heike:**...wie auch immer, ich habe zu diesen drei Nummern auch immer so was wie ne Zärtlichkeit, ich geb mir ganz viel Mühe, mich in diese Typen hineinzusetzen, das macht auch sehr deutlich, daß das irgendwie arme Schweine sind, ich habe da nicht unheimlich viel Mitleid, möchte mich auch nicht als Sozialarbeiterin hervortun. Das ist dann auch für solche Männer oft ne Gratwanderung, entweder zu so einem Nazityp zu werden, oder auch sich vielleicht einmal zu besinnen, etwas gelassener oder reifer mit ihren Problemen umzugehen.

Mir ist es auch passiert, bei einem Auftritt, daß mir da einer zugeprostet hat, so daß ich das Gefühl hatte, da ist keinerlei Distanz mehr, ich war jetzt für den tatsächlich ein Typ, das find ich aber auch gut, wenn das so überkommt...

**AntifaZ:** ...ja, ist dieser Typ denn öfter in Eurem Publikum vertreten. Ich dachte, das sei eher die Ausnahme, weil Ihr meist vor so einem links-alternativen Publikum spielt?

**Eva:** Im Ruhrgebiet schon, haben wir schon öfter erlebt,...

**Heike:** ...ich merk auch bei den Mänern, wenn ich so rumgucke, und ich guck mir die Leute ja auch an, ich merke bei denen auch irgendwie so eine Betroffenheit, also kein Lachen, bei den Frauen eher so ein Grinsen und Schmunzeln, so wissend auch, wenn ich dann auch die Frauen so direkt anspreche, also eine hat mir mal gesagt, besonders bei diesem weinerlichen Typ, also, ich kann nicht anders, aber der tut mir so leid, ich kann da nicht mehr lachen ...

**Eva:** ..ja, der soll ja auch widersprüchlich überkommen, der Typ.

**AntifaZ:** Jetzt mal ein anderer Bestandteil Eures Programms. Der Text "Die Fremden", das ist ja ein von Valentin geklauter Text. Wie seid Ihr darauf gekommen? Drückt dieser Text für Euch besonders gut das Problem der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aus ?

**Andrea:** Ja, der Text paßt total gut in unser Konzept. Wir haben ja versucht, Komplexe aneinanderzureihen, da ist dieser Komplex Mutterschaft, und da ist dann auch dieser Komplex "Fremde/Ausländerfeindlichkeit".

Da sind wir auf den Valentin-Text gestoßen, und das war für uns die Nummer, mit der wir den Komplex einleiten konnten, ich finde, genau das Verhalten ist nach wie vor aktuell, da wird ja erst mal so mit Worten gespielt, es wird gefragt, was kann man sich überhaupt unter einem Fremden vorstellen, es werden tausende von Antworten gegeben, und letztendlich ist kein Quentchen an Information mehr als am Anfang, genau das ist es, was heute auch praktiziert wird, es herrscht eine Informationsvielfalt aus aller Herren und Frauen Länder, aber es ist nur Information, es ist kein bißchen Wissen. Es sind viel Informationen, die meist ein ganz bestimmtes, abqualifizierendes Bild rüberbringen, was übernommen wird, und was die Kulturen einzig und allein aus diesem Blickwinkel sehen läßt, und letztendlich sind alle diese Blickwinkel inhaltsleer und völlig losgelöst von der eigentlichen Realität, und genau das bringt diese Szene auf den Punkt.

**AntifaZ:** Ich glaube, damit haben wir einige wichtige Bereiche Eures Programms erwähnt, eine ganze Reihe, die sich z.B. mit Eurem Frauen-Bild beschäftigen, zwar nicht berührt, aber wollen auch nicht alles behandeln, damit die LeserInnen auch noch Unbekanntes entdecken können.

Ihr arbeitet ja, wie ich hörte, auch an weiteren Programmteilen, so soll z.B. der gesamte Teil Prostitution neu hinzukommen bzw. erweitert werden.

Bleibt für uns abschließend die Frage, wie weit wollt Ihr gehen, bzw. wie sind Eure Zukunftspläne, wird weiter professionalisiert, wollt Ihr Kabarett zu Eurer Haupttätigkeit ausbauen ?

**Heike:** Ja, die Richtung ist jetzt klar, die Diskussion ist auch insoweit abgeschlossen, es soll ein abendfüllendes, sich veränderndes Programm werden. Eine Arbeit, mit der wir auch in der ganzen Republik bekannt werden wollen.

**AntifaZ:** Dann bleibt mir nur zu wünschen, daß Euch das gelingt, alles Gute und herzlichen Dank für dies Interview, an Andrea, Eva und Heike, alles Gute für "Else, wohin ?"

**Kontakt:**  
Else, wohin  
c/o H. Röttger  
Hl.-Geist-Str. 11  
4350 Recklinghausen  
Tel.: 02361/13313

## KURDISTAN UND DIE KURDEN , TEIL V Deutschland und Kurdistan



Mit dem Teil "Deutschland und Kurdistan" bringen wir in dieser Ausgabe den fünften und letzten Teil der Serie über Kurdistan von Klaus Dillmann. Wir bitten um Entschuldigung, daß der ursprünglich geplante (und auch vorliegende) Teil über "Sowjetisch-Kurdistan" (so würde er jetzt nicht mehr überschrieben werden können) nicht mehr zum Abdruck kommt - möglicherweise schreibt Klaus zu einem späteren Zeitpunkt hierüber eine aktualisierte Fassung. Da wir aber nun über fünf Ausgaben der AntifaZ sehr ausführlich über Kurdistan berichtet haben, muß dies erst einmal - auch aus Platzgründen - reichen. Klar ist, daß wir weiterhin aktuell über die Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes berichten werden.

Deutschland stellt mit über 400.000 Kurden heute die größte kurdische Diaspora der Welt dar. Die Kurden sind jedoch in ihrer Mehrheit mit einem türkischen Reisepaß hierhergekommen und werden daher offiziell als Türken geführt, ob sie nun als Gastarbeiter (seit Beginn der 60er Jahre) oder Asylsuchende (Ende der 70er und in den 80er Jahren) ins Land kamen. Im Verhältnis dazu ist die Anzahl der aus dem Irak, dem Iran oder Syrien nach Deutschland eingereisten Kurden (sei es als Studenten sei es als Flüchtlinge) erheblich geringer. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß deren Zahl sich stark vergrößern wird.

Es gibt heute kaum eine kurdische Familie, die nicht Angehörige durch Maßnahmen eines der Staaten, die Kurdistan besetzt halten, verloren hätte. Insbesondere in Irak-Kurdistan haben sich dabei der irakische und der türkische Staat seit Jahrzehnten gegenseitig ergänzt, und so erscheint es kaum verwunderlich, daß es dort zahlreiche Ortschaften (soweit dieser Begriff angesichts der fast völligen Zerstörung aller Häuser und Versorgungsleitungen noch erlaubt ist) gibt, die "männerfrei" gemacht worden sind, d.h. in denen nur noch Frauen (meist Witwen) und Kinder (meist Mädchen) leben.

Im Hinblick auf die aus der Türkei eingereisten Kurden machte die Bundesrepublik offiziell von Anfang an die "Bergtürken"pose der türkischen Regierungen mit: Selbst deutsche Standesämter vollstrecken die türkische Diskriminierungspolitik, indem sie es kurdischen Eltern verwehren, ihre in Deutschland geborenen Kinder mit kurdischen Vornamen registrieren zu lassen, da diese auf den Listen der türkischen Konsulate über zulässige Namen nicht verzeichnet sind.

Erst der Giftgasüberfall des irakischen Baathregimes im März 1988, bei dem allein in der Stadt Halabja rund 5000 Kurden einen qualvollen Tod erlitten (insgesamt soll die Zahl bei etwa 80.000 Toten liegen) - damals noch aus dem Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit weitgehend verdrängt - brachte im Zusammenhang mit dem Golfkrieg der USA und ihrer Alliierten gegen den Irak auch eine Zäsur im kurdisch-deutschen Verhältnis, da dieses Faktum jetzt dazu dienen mußte, den Irak bei dem Konflikt 1990/1991 ins Unrecht zu setzen, und weil nicht von der Hand zu weisen war, daß das damals verwendete Giftgas aus deutscher Produktion stammte. Propagandistisch in die Welt gesetzt worden war ein möglicher Giftgasangriff des Irak auf Israel, und "die Deutschen" wurden an den Pranger "Antisemitismus" gestellt, weil sie zuerst dem Feind Israels zu Giftgas verholfen hätten und nun sich den Alliierten entgegenstellten, die diesen Feind entwaffnen wollten. Nicht das Umbringen der Kurden 1988 also wurde "den Deutschen" angelastet, sondern die von der Medienkriegsstrategie der USA propagandistisch hochgespielte Möglichkeit eines irakischen Giftgasüberfalls auf Israel, wobei mit Hilfe einer Neubelebung der Erinnerung an die "Endlösung der Judenfrage" zunächst die deutsche Waffenindustrie (als Konkurrenz zur US-amerikanischen) "in die Schußlinie" gebracht, aber natürlich nicht "abgeschossen" wurde.

Bis zum Newroz (21. März) 1992 kaum ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gebracht wurde dagegen der "Spezialkrieg" der türkischen Armee gegen Kurdistan, in dessen Rahmen bereits im Herbst 1988 ein großflächiger Giftgasangriff der türkischen Armee auf türkei-kurdische Dörfer erfolgte, die dafür bestraft werden sollten, daß bei ihnen das Konzept der "Dorfschützer" (kurdische Aufseher, die der türkischen Kontraguerrilla "separatistische" Bestrebungen melden und ihr damit den oft mörderischen Zugriff auf entsprechende Personen ermöglichen) versagt

hatte, ein Angriff, zu dem sich der türkische Staat nach der unmittelbar nach dem irakischen Massaker an den Kurden erfolgten diplomatischen Anerkennung des irakischen Baathregimes durch die USA ermutigt fühlte. Obgleich auch auf türkischer Seite deutsches Giftgas zum Einsatz kam, erschien diese Maßnahme den deutschen Medien bis heute noch kaum beachtenswert.

Selbst heute noch (in der anläßlich der Angriffe des türkischen Militärs auf kurdische Städte nach dem Newrozfest kurzfristig eingeschobenen Sendung "Die Kurden. Volk ohne Staat" im WDR 3 vom 24.03.92) erklärte der als Nahostexperte der Bundesregierung propagierte Udo Steinbach in geradezu klassischer Kolonialherrenmanier, seiner Meinung nach seien die Kurden kein Volk, denn sie hätten sich in der Vergangenheit immer nur von anderen mißbrauchen lassen. Die marxistische PKK stelle unter den Kurden nur eine Minderheit dar; in Wirklichkeit gebe es keine einheitliche Haltung, die man als Nationalbewußtsein bezeichnen könne. (Der Vorwurf, sich mißbrauchen zu lassen, mag auf "Dorfschützer" oder Talabani und seinen Anhang zutreffen, auf die PKK jedoch trifft er nicht zu. Eben das ist ja auch der Grund, warum sie auch in Deutschland bekämpft wird.)

Innerhalb der genannten Sendung kamen auch Kurden zu Wort, die darauf hinwiesen, daß das türkische Militär deshalb so auftrumpfen könne, weil es sich in ganz besonderem Maße auf Deutschland stützen könne. Die deutsche Regierung habe immerhin rund 5 Milliarden DM an Militärhilfe für die Türkei geleistet und nicht nur die Kontraguerrilla ausgebildet, sondern neben anderen Waffen auch noch zahlreiche deutsche Schäferhunde für die Jagd auf "Separatisten" geliefert.

Das trifft haargenau zu. Man braucht sich nur mal zu betrachten, was seitens der Bundesrepublik Deutschland an Militär- und Polizeihilfe, besonders seit 1980 (nachdem der letzte Militärputsch in Gang gesetzt worden war), geleistet worden ist, um zu ermessen, daß dahinter ein ganz massives Interesse stecken muß:

An "Verteidigungshilfe" hat die BRD im Zeitraum von 1964 bis 1984 rund 2,92 Milliarden DM in die Türkei gesteckt; bis 1988 erhöhte sich dieser Betrag auf 3,70 Milliarden DM. Die "13. Liefertranche" (130 Millionen DM) erfolgte Anfang 1983, die "14. Liefertranche" bis Mitte 1984. Im Zeitraum 1981 bis 1984 erfolgte eine "einmalige Rüstungs-

derhilfe", die laut Weißbuch der Bundeswehr 1985 unter anderem 77 Kampfpanzer vom Typ Leopard 1, 4 Bergepanzer, Panzerabwehrflugkörper, Umrüstsätze für Panzer älterer Bauart umfaßte. Ein erneutes Rüstungssonderhilfeprogramm 1988 erstreckte sich über 580 Millionen DM ("konkret" 5/88). Als "ländergebundene Ausstattungshilfe" im Rahmen der Dreijahresprogramme des Bundesministeriums des Innern für die Polizeien von Empfängerländern flossen bis Ende 1987 in die Türkei 19,5 Millionen DM. 1980 hatte die Polizeihilfe mit 1,5 Millionen DM begonnen; 15 Millionen DM wurden im Zeitraum 1982 bis 1984 gezahlt; weitere 3 Millionen DM 1985 bis 1987, in Form von Fernmeldegerät und Laborausstattung, angeblich zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität (Empfänger waren die Jandarma, eine militärisch gedrißte Landpolizei, die Generaldirektion der Sicherheit und die Zollverwaltung); in den Jahren 1988 bis 1990 erfolgte erneut eine Polizeihilfe im 3-Millionen-DM-Umfang, wobei als Schwerpunkt Rauschgiftbekämpfung angegeben wurde. Im Rahmen polizeilicher Ausbildungshilfe wurden in den Jahren 1977 bis 1980 42 Beamte zur Verfügung gestellt. Im Jahr 1985 (nach einem Besuch der türkischen Polizeispitze in der BRD, insbesondere beim BKA und bei der GSG 9) begann eine Ausbildungshilfe für die "Antiterror"-Spezialeinheit der "Schwarzen Käfer" bei der GSG 9 (was von der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage von Joschka Fischer am 12.06.1986 geantwortet wurde); türkische Zeitungen dagegen berichteten darüber, so etwa "Tercüman" (Interview mit dem GSG9-Angehörigen Weygold in der Ausgabe vom 01.02.1987). Schon 1983 hatten der BGS-Inspekteur und ein anderer hoher Beamter des BGS der Türkei einen knapp einwöchigen Besuch abgestattet, was damals auf entsprechende Anfrage des SPD-Abgeordneten Tietgen hin mit "Abwicklung der Drogenhilfe" begründet wurde. "Darüber hinaus wurden auch Fragen des internationalen Terrorismus ... erörtert." (Antwort vom 27.09.83). Ein deutscher Rauschgiftverbindungsbeamter befindet sich seit 1985 in der Türkei. (Daten zusammengestellt in: Bürgerrechte & Polizei (CILIP) 31 (3/1988); Bestellungen an die Redaktion: Bürgerrechte & Polizei, c/o Freie Universität Berlin, Malteserstr. 74-100, 1000 Berlin 46)

Zwei Autoren, die den deutschen Polizeiapparat von innen kennen, beurteilen diese Art von "Entwicklungshilfe" so: "(...) Keine glaubhafte Argumentation zu polizeilicher

Entwicklungshilfe läßt sich auch für die Bekämpfung der Drogenkriminalität finden. Drogenmißbrauch und Drogenhandel lassen sich erfahrungsgemäß mit polizeilichen Mitteln nicht erfolgreich bekämpfen. In allen Ländern, in denen Drogenmißbrauch und Drogenkriminalität primär mit polizeilichen Mitteln bekämpft werden, müssen diese Konzepte (...) als gescheitert angesehen werden.



Früh übt sich: kurdische Kinder werden im Umgang mit der Waffe geschult.

Nicht nur die Zahlen der Süchtigen und der Drogentoten, auch die steigenden Gewinne der Drogenhändler belegen das auf dramatische Weise. (...) Drogenkonsum muß als soziales Problem begriffen werden, das durch bloße Kriminalisierung nicht beseitigt werden kann. Das Konzept, polizeiliche Entwicklungshilfe zur Drogenbekämpfung durch Entsendung von Rauschgiftverbindungsbeamten zu leisten, wirkt sich sogar kontraproduktiv (= das Gegenteil bewirkend) aus, (...) weil in nicht wenigen Stationierungsländern die dortige Polizei selbst in den Drogenhandel verstrickt ist. Da Rauschgiftverbindungsbeamte in den 'Gastländern' nicht selten an Exekutivmaßnahmen teilnehmen, stehen sie zudem in einem bedenklichen Verhältnis zur Rechtsstaatlichkeit, da dies sowohl gegen nationales wie auch gegen internationales Recht verstößt. Die sich ausbreitende polizeiliche Praxis, selbst über ihre Verbindungsleute Drogen zu bestellen und mittels kontrollierter Lieferungen nach Deutschland einzuführen, um sie hier dann pressewirksam beschlagnahmen zu können, kann nicht dadurch gerechtfertigt werden, daß es legitim ist, dem Markt möglichst große Mengen des Stoffes zu entziehen. Ware, die ursprünglich gar nicht für den deutschen Markt bestimmt

war, verfälscht nicht nur die polizeilichen Statistiken, sondern (...) ist auch geeignet, in den Anbauländern die Produktion zu erhöhen. (...) Polizeiliche Entwicklungshilfe leistet weder einen Beitrag zur Demokratisierung eines Staates, noch dient sie in den Empfängerländern einer Sicherung der Bevölkerung vor Kriminalität. (...) Viel eher kann Polizeihilfe für Folterregime indirekt Beihilfe zu Folter, Menschenrechtsverletzung und Unterdrückung bedeuten. Polizeihilfe für Folterregime konterkariert (= unterläuft) im Endergebnis genau das, was sie vorgibt zu leisten: Hilfe zur Demokratisierung zu sein." (Dieter Schenk / Manfred Such, Polizeihilfe an Folterregime der Dritten Welt - ein Beitrag zur Demokratisierung? in: Bürgerrechte & Polizei (CILIP) 39 (2/1991))

Bis Ende des Jahres 1991 hat Deutschland seine "Verteidigungshilfe" für die Türkei - trotz offizieller Unmutsäußerung über türkische Bombardierungen kurdischer Dörfer im Irak und demonstrative Vorenthaltung von 25 Millionen DM - noch erheblich ausgeweitet: auf satte 2,052 Milliarden DM; hinzu kamen 2,722 Milliarden DM "Materialhilfe" und 1,180 Milliarden DM "Sonderverteidigungshilfe" (wozu auch die Waffen aus den NVA-Beständen zählen, über deren Verwendung durch die türkische Armee Kohl jetzt "rechet": fast eine halbe Milliarde Schuß Munition, Kalaschnikows, Panzer, Hubschrauber, Kampfflugzeuge, Polizeiausrüstung) (Daten aus: SOZ Nr. 7/1992).

"Gemäßigte" Kurden (denen hierzulande natürlich ein entsprechendes Forum zur Verfügung steht - auch Talabani, der noch kürzlich beim türkischen Staatschef antichambriert hat, war inzwischen in Bonn) erklären seit Jahr und Tag, man müsse die Bundesregierung davon überzeugen, daß sie eine falsche Politik gegenüber dem kurdischen Volk betreibe. In Wirklichkeit ist jedoch die deutsche Türkeipolitik sehr konsequent - im Interesse des deutschen Imperialismus. Inkonssequenzen treten nur dann auf, wenn ein gewichtigerer Teil der freien deutschen Medienlandschaft mal deutlicher die Wahrheit über die von deutscher Seite mitverantwortenden Verhältnisse zeigt, wie das jetzt gerade wieder mal geschieht. Dann muß vertuscht werden, was das Zeug hält, dann wird beteuert, man habe von alle dem ja gar nichts gehnt; dann wird so getan, als habe man ebenso wenig gewußt wie der freie Medienkonsument (und potentielle Wähler). Sobald jedoch in dieser Hinsicht wieder "Ruhe an der

Heimatfront" eingekehrt ist, treten wieder die Weizsäcker & Co. auf den Plan, um dem deutschen Publikum plausibel zu machen, daß die Türkei auf dem Wege zur Demokratie sei und was für honorige Herren doch dort an der Macht seien; man erinnere sich nur an die Lobhudelei seitens des deutschen Bundespräsidenten gegenüber dem türkischen Staatspräsidenten Evren nach dem Militärputsch 1980. Während die Herren Weizsäcker & Co. das Gewicht ihrer "integren Persönlichkeit" in die Waagschale legen, kann die Politik der Großmacht Deutschland fortgesetzt werden, für die die Vernichtung des kurdischen Volkes ebenso nebensächlich ist, wie es 1915 das Massaker am armenischen Volk war und wie es 1942 der Holocaust an Menschen jüdischer Herkunft war.

So hat Bonn zwar Anfang April öffentlich gegen den türkischen Staat Stellung bezogen, weil dieser bei seinen Newroz-Massakern in Cizre, Sirnak und anderen kurdischen Städten auch Panzer der ehemaligen NVA eingesetzt hat, für die es einschränkende Benutzungsklauseln gibt. Dem Ersuchen des türkischen Generalstabschefs, Doğan Güneş, Türkei-Kurdistan einen Monat lang von internationaler und nationaler Presse freizuhalten, damit er die Kurdenfrage ein für allemal lösen könne, hatte die türkische Regierung nur unzureichend entsprochen, und so war der deutsche Fernsehzuschauer ein paar Tage lang in den Genuß dessen gelangt, was dort seit Jahr und Tag gegen das kurdische Volk veranstaltet wird und was man hierzulande bisher allenfalls mal über Filme von Yilmaz Güney mitbekommen hat. Inzwischen ist dieses Loch wieder gestopft worden, und es herrscht fast eine Zensur wie beim US-Krieg gegen den Irak. Faktisch wüten in Kurdistan zur Zeit als PKK-Guerilla verkleidete Özel-Tim-Einheiten, mit deren Mordpraxis öffentlich "Stimmung gemacht" wird.

Auf den Bonner "Vorstoß" haben der türkische Staat und die türkischen Medien auf ihre Weise reagiert: mit ganzseitigen Darstellungen der Neonazi-Umtriebe, mit Aufbereitung deutscher Verbrechen aus der Nazizeit für die türkische Öffentlichkeit, mit Aufrufen zum Boykott deutscher Waren und mit Organisierung von Massendemonstrationen gegen Bonn. Massive Unterstützung dabei bekam man aus den USA, so daß ausländische Medien von einem Kampf zwischen Deutschland und den USA um Einflßzonen reden konnten.

Deutlich zum Ausdruck kommt die Politik des deutschen Staates zur Frage der Anerkennung des Rechts des kurdischen Volkes auf einen eigenen Staat in dem seit Jahren emsig von Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesanwaltschaft (BAW) vorbereiteten Terroristenprozeß in Düsseldorf gegen die kurdische Widerstandsorganisation PKK, bei dem sich nach nunmehr bereits fast 200 Verhandlungstagen auch nicht der Zipfel eines Beweises sei es für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens sei es für die den (teilweise schon lange vorher in Isolationshaft genommenen, inzwischen aber auf freien Fuß gesetzten) Angeklagten vorgeworfenen Tatbestände ergeben hat. Teilweise handelt es sich dabei zudem um Vorwürfe wie den, bei der vermuteten Ermordung eines als Spitzel des türkischen Geheimdienstes MIT verdächtigten PKK-Mitglieds im Libanon beteiligt gewesen zu sein, ein Sachverhalt, der (falls er stimmen sollte) eine Geltendmachung der Verletzung deutscher Rechtsgüter nur über das Konstrukt erlaubt, daß die deutschen Strafgesetze auf den Libanon anwendbar seien, da wegen der faktischen Nichtexistenz eines libanesischen Staates dort sonst ein "rechtsfreier Raum" bestände, ein Gedankengang, der sich in Richtung auf eine Weltpolizistenrolle hin bewegt, an der die deutsche Justiz teilhabe. Gleichzeitig soll der Düsseldorfer



In Deutschland lebende Kurden protestieren für ihre Landsleute im Irak.

(dpa)

Prozeß als Pilotprozeß eines neuen Verfahrensrechts dienen: der Einführung des Kronzeugenprinzips in die deutsche Strafprozeßordnung. Mit Ali Cetiner wurde ein Kronzeuge aufgebaut, dem für belastende Aussagen gegen die Angeklagten ein erheblicher Straferlaß für einen von ihm begangenen Mord sowie die Beschaffung einer "neuen Identität"

zugesagt worden war; der Zeuge verwickelte sich jedoch derart in Widersprüche, daß er fallengelassen werden mußte.

Dem Prozeß vorausgegangen war die Beschlagnahmung von rund 700.000 DM an Spendengeldern, die von PKK-Sympathisanten für den kurdischen Freiheitskampf in Türkei-Kurdistan gesammelt worden waren, eine Maßnahme, die jedoch später rückgängig gemacht wurde, da die Anklageschrift nicht die PKK als solche, sondern eine "terroristische Vereinigung innerhalb der PKK" verfolgte (womit offenbar nur solche Personen verdächtigt wurden, die sich offen zur PKK bekennen, da damit offensichtlich die Parteilührung um Abdullah Öcalan gemeint ist, auch wenn dies nicht deutlich gesagt wird). Dem Prozeß vorausgegangen war ferner der Versuch des BKA, den schwedischen Fahndungsbehörden bei der Verfolgung des Mordes an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme Angehörige der PKK als Urheber anzudienen, eine Schiene, die sich jedoch als ein Fehlschlag erwies und möglicherweise (durch das Versäumnis einer rechtzeitigen Beachtung) zur Verwischung wichtiger Spuren beitrug.

Als sich die Bundesregierung entschloß, im Zuge des militärischen Engagements der USA am Golf ihrerseits Bundeswehrsoldaten auf türkei-kurdischem Boden zu stationieren, und befürchten mußte, daß diese eventuell in den dortigen Bürgerkrieg verwickelt werden könnten, wurde den Angeklagten des PKK-Prozesses in Düsseldorf durch die BAW ein "Angebot" unterbreitet: das Verfahren einzustellen. Die Angeklagten lehnten das ab, da sie Freispruch und Entschädigung für erlittene Maßnahmen verlangen. Und so geht diese Farce, die zwar nicht im Hinblick auf vorherige Folterungen, wohl aber im strafprozessualen Vorgehen an die faschistischen Massenprozesse türkischer Militärs gegen die Opposition während der 80er Jahre im eigenen Land erinnert, weiter. Wie die Verhandlungsführung praktisch aussieht, läßt sich anschaulich an einer Stellungnahme von 52 Gewerkschaftern zeigen, die im Mai 1991 einen Verhandlungstag miterlebt haben (Text nach SOZ 12/1991):

"Heute, am 21. Mai 1991, haben wir, die unterzeichneten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, nach Vorankündigung unseres Kommens dem 135. Verhandlungstag des Düsseldorfer PKK-Prozesses beigewohnt. Die Verhandlung begann mit der Bemerkung

des Vorsitzenden Richters Belker, daß er 'sich gedacht habe, daß jetzt Schaukämpfe für die IG Medien' aufgeführt würden. Doch den einzigen Schaukampf führte der Vorsitzende Richter auf, der offensichtlich weder in der Lage noch gewillt war, in einigermaßen rechtsstaatlicher Form auf Argumente der Verteidigung bzw. der Angeklagten einzugehen, sondern sich ins Verweigern von Antworten, Wortentziehungen rettete. Er ging sogar so weit, wegen Zwischenbemerkungen Ordnungshaft-Strafen von 7 bzw. 4 Tagen (die Betroffenen wurden aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet) sowie Ausschluß von dem Verfahren für zwei Angeklagte bis zum 19. Juni zu verhängen."

Die Rede ist im weiteren von einer Hamburger Gewerkschaftsdelegation, die Ende 1990 einer Verhandlung beigewohnt und ihr Befremden über die jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechende Prozeßgestaltung zum Ausdruck gebracht hatte.

"Die BAW reagierte auf den Besuch der Gewerkschafter/innen mit einem denunziatorischen Schreiben an die jeweiligen Vorstände der Gewerkschaftsmitglieder, die den Prozeß beobachteten (u.a. IG Metall, HBV, GEW, IG Medien). In diesem wird den Prozeßteilnehmer/innen unterstellt, sie 'seien nicht richtig informiert worden'. Eine 30seitige Broschüre, die mitgeschickt wurde, sollte den Beweis, der im Gericht nicht erbracht wurde, für den terroristischen Hintergrund der PKK liefern. Damit warf die BAW den Gewerkschaftskolleginn/en gleichzeitig vor, sich zu Komplizen von angeblichen Terroristen zu machen. Die BAW versucht mit solchen inquisitorischen Maßnahmen, ihre eigene Form der Prozeßgestaltung außerhalb des Gerichtssaales fortzusetzen. Die Öffentlichkeit des Verfahrens soll mit allen Mitteln unterbunden werden.

Es ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik, daß die BAW sich aus einem laufenden Strafverfahren aktiv in innergewerkschaftliche Diskussionsprozesse einmischt."

Weiter heißt es (auch heute noch zutreffend) zu dem Verfahren:

"Mit Teileinstellungen und Festhalten an dubiosen Zeugen soll das Verfahren als solches gerettet werden. Damit soll die PKK als terroristische Vereinigung nach § 129a verurteilbar gemacht werden. Mit dieser Organi-

sation soll ein wesentlicher Teil der kurdischen Befreiungsbewegung, und zwar der Teil, der für ein unabhängiges Kurdistan eintritt, für terroristisch erklärt werden. In dieser Zielsetzung stimmen BAW und Gericht offenbar mit der Politik der BRD überein, ein freies und unabhängiges Kurdistan zu verhindern."

Die Gewerkschafter beenden ihre Stellungnahme mit dem unterstützenswerten Aufruf: "Wir fordern die Einstellung des §129a-Verfahrens gegen die Nationale Befreiungsbewegung Kurdistans!

Die Bundesregierung fordern wir auf, das kurdische Volk endlich als Nation anzuerkennen!"

Abschließend sei auf einige positive Entwicklungen hingewiesen: Neuerdings gibt es verschiedentlich erfolgreiche Bemühungen, etwa im Rahmen von Volkshochschulkursen auch die kurdische Sprache zu vermitteln (z.B. in Duisburg). In zahlreichen deutschen Städten haben sich Gruppen gebildet, die Solidarität mit dem kurdischen Volk üben wollen. In Dortmund ist dies beispielsweise die (wesentlich von Teilen der evangelischen Kirche mitgetragene) Organisation "Dortmunder helfen Kurden", die Kontakt zu einem irak-kurdischen Dorf aufgenommen und den Menschen beim Wiederaufbau ihrer Häuser, bei der Versorgung mit Saatgut und Medikamenten beisteht. Das sind Initiativen, die sich vorrangig auf humanitärem Gebiet betätigen, ohne dabei die politischen Realitäten außer Betracht zu lassen.

Die Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes um seine Existenz, wie er gegenwärtig gegen das türkische Militär geführt wird, hat sich auch die DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei und aus Türkei-Kurdistan in Deutschland) zum Ziel gesetzt, bei deren Kurdistanbüro "Kurdistan-Solidarität DIDF" (Sitz in Dortmund, Münsterstr. 205, Tel. 0231/8171111) auch der Verfasser dieser Artikelserie mitarbeitet. Kurdistan-Solidarität DIDF will der demokratischen, antifaschistischen deutschen Öffentlichkeit die Lage des kurdischen Volkes bewußt machen. Sie tritt ein für ein gleichberechtigtes Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes, dem es selbst überlassen bleiben muß, ob es innerhalb der vorhandenen Staatsverbände einen Autonomiestatus oder einen unabhängigen Staat will. Beides wäre zu respektieren. Angesichts der schlechten Erfahrungen der Kurden mit den Staaten, unter die

Kurdistan seit Ende des Ersten Weltkrieges aufgeteilt ist und deren bisherige Politik tendenziell auf die Vernichtung des kurdischen Volkes hinausläuft, ist das Streben dieses Volkes, für das es auch in der "neuen Weltordnung" keinen Platz gibt, nach staatlicher Eigenständigkeit nur zu verständlich. Kurdistan-Solidarität DIDF tritt gegenüber Deutschland unter anderem dafür ein, daß gegenwärtig allein die Tatsache, daß jemand der kurdischen Nation angehört, als ausreichender Asylgrund anerkannt werden muß, zumal der deutsche Staat eine nicht unbeträchtliche Verantwortung für das Los der kurdischen Menschen trägt.

Wenn man sich das Investitionsgeschehen des deutschen Kapitals in der Türkei ansieht, erscheint ein massives Interesse, das bei derartigen Verhaltensweisen Pate stehen könnte, wenig plausibel. Auch wenn der deutsche Anteil an Investitionen in der Türkei größer ist als der jedes anderen Staates der Welt und für den türkischen Staat von erheblicher Bedeutung ist, so betragen diese Investitionen in diesem Musterland des Monetarismus doch nur etwas mehr als ein Hundertstel dessen, was das deutsche Kapital etwa in Brasilien angelegt hat. (Die mir zur Verfügung stehenden Daten sind allerdings schon fast 10 Jahre alt und in dem lesenswerten Buch "Modell Türkei. Ein Land wird kaputtsaniert" von Rainer Werle eingehender nachzulesen.)

Von dieser Machtposition aus hat die Bundesregierung denn auch der türkischen Regierung im Zusammenhang mit den Newroz-Massakern deutlich zu verstehen gegeben, daß die Türkei als Südostflanke der NATO nach dem Zusammenbruch der Warschauer-Pakt-Staaten nicht mehr so wichtig sei. Das ist sicher wahr, aber zwei Faktoren sollten nicht ganz außer Betracht bleiben:

1) Seit dem Zusammenbruch des Staates DDR braucht die deutsche Großindustrie (Atom- und Chemieindustrie) neue Lagerstätten für ihren Giftmüll (bisher transportiert man diesen überwiegend in lateinamerikanische Staaten) - und ein so hoch verschuldetes Land wie die Türkei braucht Devisen. Ein Deal mit der deutschen Atomindustrie nach dem Militärputsch von 1980, bei dem es um die Errichtung einer Endlagerstätte etwa 50 km nördlich von Istanbul ging, ist geplatzt, nachdem in der türkischen Öffentlichkeit die gerade auch für die Türkei verheerenden Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl bekannt geworden waren. Damals waren in einigen Städten in den von dem radioaktiven Fallout

besonders betroffenen Gebieten an der türkischen Schwarzmeerküste acht Monate später bis zu 9 von 10 neugeborenen Kindern ohne Gehirn zur Welt gekommen. Ein "kurdenfrei" gemachtes Gebiet in Türkei-Kurdistan könnte hier neue Möglichkeiten bieten ...



Die Kurden sind die Bauern auf dem Schachbrett der Großmächte. Der bislang bedeutendste Kurdenführer Mustafa Barsani versuchte vergeblich mitzuspielen.

2) Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion betreibt die Türkei auf dem ideologisch durch den Turanismus (= Alltürkentum) vorbereiteten Boden der turksprachigen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie gegenüber Armenien eine auf Expansion gerichtete Außenpolitik. Die deutsche Wirtschaft dürfte mit Sicherheit daran interessiert sein, auf diesen Zug aufzuspringen, falls er ans Ziel führt. (Unter diesem Blickwinkel wären auch die Bemühungen Genschers im Konflikt um Nagornyj Karabach zu würdigen.)

---



---



---

**DEBATTE**


---



---



---

## FLÜCHTLINGSELEND, WELTMARKTKRISE UND DIE KUNST DES VERDRÄNGENS

Es ist sicher eine Unverschämtheit, die thematischen Zusammenhänge in einigen Absätzen auch nur grob skizzieren zu wollen. Miß- und Unverständlichkeit erscheinen da fast vorprogrammiert. Beabsichtigt ist nur, Überlegungsanstöße in Richtungen zu geben, wo allerdings die schwer erkennbaren, aber umso bedeutsameren Verknotungen des Weltgeschehens stattfinden und sich dramatisch zuziehen.

Über Jahrhunderte hat sich in einigen Regionen der Welt die Produktion mittels eines scheinbar sachlichen Prinzips entwickelt. Gemeint ist die größtmögliche Anhäufung von Werten im Rahmen von Konkurrenz. Dies besagt, das einzelne Unternehmen nutzt seine Produktionsmittel, die eingesetzten Stoffe, sowie die beschäftigten Menschen maximal aus, um Dinge zu produzieren, die auf dem Markt konkurrenzfähig sind. Der freie Markt hat so Produktionspotentiale in nie gesehenem Maße zur Entfaltung gebracht. Zum anderen verlangt diese Art des Wirtschaftens die grundsätzliche Rücksichtslosigkeit den Menschen, der Natur und anderen Weisen der Produktion gegenüber. Schließlich ist der Inhalt solcher Produzierens nicht die Bereitstellung von nützlichen Dingen, sondern nur die Vermehrung der Potentiale der einzelnen Unternehmen und der zwischenzeitlich entwickelten größeren Produktionszusammenhänge (Konzerne, Wirtschaftsregionen). Die Natur dieser Verhältnisse zeigt sich im Geld, dem Kapital mit seinem unbedingten Anspruch nach Selbstvermehrung. Daß sich Investitionen rentieren müssen, ist die Forderung wie der zentrale Glaubenssatz der so verfaßten Verhältnisse.

In der **Geschichte des Kapitalismus** sind nach und nach alle Weltteile und fast alle Formen der Bedürfnisbefriedigung in einen Zusammenhang von Warentausch und Dienstleistungen geraten bzw. gezwungen worden. Primitivere und regionale Weisen des Lebens und Wirtschaftens sind zerstört und in geldvermittelte umgewandelt worden. Die Finanzzentren der sog. Industrienationen geben die Töne vor, nach denen die Musik gespielt und andere Musik zum Verstummen gebracht wird.

Als seit etwa dem **Beginn dieses Jahrhunderts** der eine Weltmarkt Realität geworden ist, gab es zunächst die Erwar-

tung, daß die ökonomisch rückständigeren Länder und Gegenden eine nachholende Entwicklung nehmen könnten, mitfinanziert und durch Technologie ausgestattet durch diese Industrienationen. Der ehemals herrenmenschlich plündernde Kolonialismus ist durch das effektivere System von ungleichem Handel und Investitionen ersetzt worden. Industrialisierung fand nur insoweit statt, wie sie der Ersten Welt nützte, und bewirkte vor allem die massenhafte Zerstörung der Subsistenzwirtschaften. Die Menschen strömten in Ballungszentren und landeten in der Masse in den Slums auf und neben den Müllhalden.

### Das Elend des Realsozialismus

Auf "einem Sechstel der Erde" wird die Modernisierung aus barbarischen Verhältnissen heraus mit eigenen Mitteln versucht. Dort hofft man, mittels "Planwirtschaft" die Unmenschlichkeit kapitalistischer Konkurrenz vermeiden zu können und gerät bald in bürokratische Starre, stabilisiert durch Staatsterror. Der Versuch, neben dem Weltmarkt eine Sphäre des Arbeitens und Lebens zu etablieren, wo es für die Menschen besser sein sollte als unter seinem Einfluß, endet im Desaster. Die Sowjetunion wird erst durch Krieg geschwächt und muß in diesen Jahren ihren Offenbarungseid vor D-Mark, Yen und Dollar leisten. Die anderen Länder des RGW haben dies schon eher getan, z.T. zusammen mit der SU.

Hier ist gegenüber dem sog. Realsozialismus keinerlei Häme angesagt, er habe das Maul zu voll genommen und sei kläglich gescheitert. Sehr wahrscheinlich steckte im sozialistischen Anspruch jener Nachholökonomie auch die tapfer verleugnete Angst, aus einer verzweifelten Situation heraus kaum geradewegs in eine Moderne gelangen zu können. Und verzweifelt we-

---

niger wegen der desolaten Ausgangslage, als aus der Tatsache, daß der Weltmarkt des gewöhnlichen Kapitalismus Nachzögler keine Chance geben werde. Des "kommunistischen Lagers" unerhörtes Verbrechen war sein Versuch, sich dem Weltmarkt, seinem Diktat und Würgegriff zu entziehen und einen unabhängigen Wirtschaftsraum zu etablieren. Hitler machte den ersten Versuch der Einverleibung mit militärischen Mitteln. Gelungen ist dann der zweite mittels Diktat des stärkeren Marktes.

**Die Herausbildung des Weltmarktes** hat unübersehbare Menschenopfer verlangt und während der Wirtschaftskrisen und Kämpfe zwischen Wirtschaftsblöcken Abermillionen ins Elend geworfen und zur Flucht gezwungen, nicht zuletzt dorthin, wo Arbeit verheißen war, wenn auch zu schlimmen Bedingungen. Insofern sind viele heute der Meinung, es sei zwar allerhand schrecklich, daran sei indes nichts Neues. Grundsätzlich sei man dem gegenüber machtlos bzw. man müsse die Verhältnisse eben in Kauf nehmen und das Beste aus ihnen machen. Etwas Besseres als Marktwirtschaft gebe es nicht.

#### **Die führenden Industrienationen siegen sich, und damit uns alle, zu Tode.**

Es ist festzustellen, daß wir uns seit einigen Jahren in einer gefährlichen neuen Situation befinden. Die sog. Dritte Welt steht nur noch mit Zahlungsunfähigkeit hinsichtlich ihrer Kredite zu Buche, wobei an Zinsen trotzdem noch mehr in die Erste Welt fließt, als neue Kredite gegeben werden. Die östliche Welt hat ihren Bankrott erklärt und bittet um Investitionen. Die Prosperität in den Metropolen vernichtet die Substanz der übrigen Welt. Vorhandene Produktionspotentiale liegen zunehmend brach, weil der Markt zu eng ist. Angesammeltes Kapital wird in rauhen Mengen nicht mehr investiert und geistert zunehmend nur noch in Spekulationsgeschäften an Börsen und bei Immobilien herum.

Mittels ihres eingebauten Zwanges, sich auszuweiten und Konkurrenz niederzurufen, haben die Starken des Weltmarktes die Ansätze zur Industrialisierung des Südens wieder ausgeschaltet, wie sie das auf niedrigerem technologischen Niveau befindliche Potential des Ostens - jenes der DDR eingeschlossen - zu Schrott erklärt haben. Damit geht Runde um Runde Kaufkraft verloren. Immer mehr Menschen fallen aus geldvermittelten, wenn auch beschränkten Verhältnissen, ins Nichts. Für sie ist der Rückweg in die Selbstversorgungswirtschaft im allgemeinen versperrt. Es bleibt, zu hungern bis zum individuellen Zusammenbruch und der Versuch, sich auf den Weg irgendwohin zu ma-

chen, wo ein Überleben eher denkbar erscheint. Es kommt zu jeder möglichen Form der Brutalisierung im Kampf um die nackte Existenz. Dazwischen plündern Einzelne, neue Mafiaseilschaften und Unternehmen mit ersten Adressen rücksichtslos alles, was noch von Wert ist.

**Der Prozeß des Niederkonkurrierens** zwischen Weltmarktteilnehmern kennt grundsätzlich keine Grenze. Das heißt, der Kampf ums Überleben entbrennt auch zwischen diesen Zentren. Die USA sind ökonomisch schon seit Jahren am Schlingern. Die neue Pentagon-Studie, wonach die USA sich als die Militärmacht der Welt schlechthin beweisen und entwickeln müßten, spricht auch für die Panik dort, sich ökonomisch nicht auf dem Weltmarkt-Niveau halten zu können und das mit Kriegsdruck kompensieren zu müssen. In dieser Hinsicht war der Krieg gegen den Irak erst ein Vorposten-Scharmützel. Entsprechend existiert ein Konzept des bundesdeutschen Verteidigungsministeriums - vom Kohl-Kabinett gebilligt - wonach deutsche Soldaten eingesetzt werden sollen nicht nur zur Eindämmung regionaler Krisen, sondern auch zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen". Beachtenswert ist hier neben der Drohung mit Weltkrieg zwischen den Giganten die Sprache, welche mit Bildern operiert, wie sie aus der Medizin vertraut sind im Zusammenhang von Heilbehandlung.

Der Kampf ist auch im **Innern der Zentren** längst im Gange. Dies zeigt sich in diesem unserm Lande am Untergang und dem Aufsaugen von kleineren Unternehmen mit zu geringer Kapitalausstattung. Sodann an der zunehmenden Verelendung zunehmender Teile der Bevölkerung, die aus bezahlten Arbeitszusammenhängen herausfallen und sozialstaatlich erhalten werden müssen. Dabei steigt die Staatsverschuldung in die Nähe des Bankrotts, die sozialen und ökologischen Kosten galoppieren davon, die Schäden wären mit Geld und "Maßnahmen" eh gar nicht mehr zu beheben. So verkehrt sich die ehemalige Entwicklungspotenz des Kapitalismus in Potentiale der Zerstörung. Die Starken "produzieren" verbrannte Erde weltweit, soziale Not in ihren Kernregionen und tödliche Konkurrenz untereinander, sie siegen sich zu Tode.

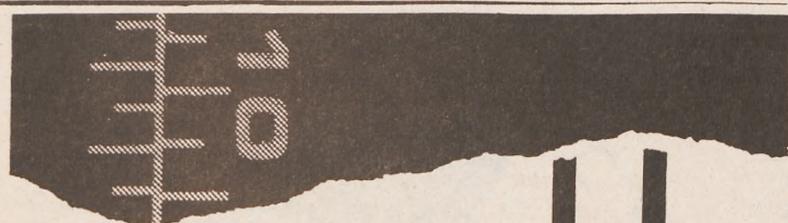
Es verschränken sich **drei Konfliktsphären**: Erstens werden die "Interessengegensätze" der großen drei - Japan, BRD/Westeuropa und USA - immer schärfer. Zweitens verschlimmern sich die Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen auch sehr kleinen Wirtschaftsräumen im Kampf um die bessere Position in den Wüsten der Weltmarkt-Verlierer. Zum dritten spreizen sich die Unterschiede in den Lebensbedingungen verschiede-

ner Schichten sowohl in den Metropolen als auch in den armen Ländern, zu immer krasserem Unterschieden zwischen Arm und Reich.

Wenn das, was heute mittels Kapitalismus auf der Welt abläuft, noch Entwicklung heißen soll, dann geschieht dies ersichtlich nur noch mittels Zerstörung der Lebensgrundlagen der Masse der Menschheit, von der Zerstörung der natürlichen Voraussetzungen abgesehen. Diese Zerstörung führt zu einer modernen Art der Barbarei mit Bürgerkriegen, Pogromen, internationalen Strafaktionen, Völkermord, Kinderprostitution, terroristischer Erpressung und Sabotage. Was eben Menschen und Gruppen zustande bringen, die entweder keine Hoffnung mehr für sich sehen oder noch rasch abzukassieren versuchen, was sich gerade bietet.

**Projektion existenzieller Ängste auf die ärmsten Opfer des Weltmarktes**

Anzeige



*Coolala*

# Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

**Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1  
Tel.: 0231/178145 • Fax: 0231/178347**

Mittelfristig ist mit gewaltigen Flüchtlingsströmen zu rechnen, deren Umfang und Wege sich kaum werden kalkulieren lassen. Daß ein Hauptziel die noch superreiche und noch relativ stabile BRD ist, daran sollte niemand vorbeireden. Die bisherigen Flüchtlinge, die "unser" Land erreichen, sind gewiß nur die Vorhut. Dabei werden in den nächsten Jahrzehnten Hunderte von Millionen an Hunger und Seuchen in ihrer Heimat zugrunde gehen, weil sie weder die Kraft noch die Mittel haben werden, sich überhaupt von der Stelle zu bewegen.

Absurd wäre es dabei, unsere Noch-Oase kapitalistischen Wohlstandes gegen die Flüchtlinge und sogar Angriffe (etwa durch Desperados mit Atomwaffen) abschotten und verteidigen zu wollen. Es wäre zum einen praktisch nicht durchführbar. Zum anderen ist das Menschen entwürzelnde Elend und jede andere Bedrohung genau durch das weltweit vernichtende "Engagement" der hiesigen "Wirtschaft" miterzeugt. Das heißt, es gibt nur eine globale und historische Lösung, nämlich die Erlösung der Welt vom Profit-Prinzip.

Die Fluchtgründe derer, die zu uns kommen, liegen nirgends anderswo, als genau hier, im Land des Exportweltmeisters BRD!

So werden in naher Zukunft die Überlebensprobleme derer, die hier oder sonstwo in der Welt im Elend sind (und auch derer, die hier noch Spielraum haben) identisch. In der Feindlichkeit Flüchtlingen gegenüber drückt sich grundlegend zweierlei

## Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung:

Donnerstag, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Recklinghausen

BLZ 426 500 30

Kto.Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Verlag "Neuer Weg"

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Thorsten Th., Ingrid +

Falko W., Thea A. Str., Wolfgang T., Christian K.,

Klaus D..

aus: Die Verleumdung der Opfer durch die Täter auf der Ebene des System bejahenden Bewußtseins, also durch Politik und Medien. Zum anderen verschieben die Menschen, die hier selbst Opfer der Verhältnisse sind, ihre existenzielle Angst in eine Vorstellung des Bedroht-Seins durch die, welche aus der Fremde kommen. Auf beiden Ebenen wird die Illusion gepflegt, der hier noch mögliche Konsum wäre in alle Zukunft auf dem Niveau der letzten Jahre fortführbar und es ließe sich eine sozialstaatliche Normalität durch einigiges Geschick der Politik aufrechterhalten.

Die Feindseligkeit den Flüchtlingen gegenüber ist der verquere Ausdruck dafür, daß man die reale Bedrohung der Lebensmöglichkeiten nicht wahr haben will. Gerade die bizarre Unsinnigkeit der Fremdenfeindlichkeit spricht dafür, daß das tatsächliche Thema der Ängste und Aggressionen nicht die Bedrohung durch die Ansprüche dieser Menschen ist. Wie weit allerdings der verschobene Haß führen kann, das hat stattgefunden im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre: Barbarischer Krieg gegen die Nachbarländer, insbesondere die "bolschewistische Gefahr", sowie der Holocaust im Inland und in den eroberten Gebieten.

#### Was tun ?

Ein bloß caritatives Engagement, und sei es noch so aufopfernd, kann ersichtlich nicht einmal den Tropfen auf den heißen Stein bringen. Auch die Bereitstellung von Hilfsgütern in größerem Umfang kann die weltweite Not nicht annähernd lindern, ist diese Hilfe doch nur etwas vom Überschuß aus dem, was am anderen Ende vielfach geraubt wird. Die humanistisch, christlich-caritativ und "links" motivierte "Szene", welche sich in Flüchtlingsarbeit engagiert, muß fürchterlich aufpassen, daß sie sich nicht staatspolitisch vereinnahmen läßt. Wer nämlich für menschliche Behandlung von Flüchtlingen Politik macht und gleichzeitig für das weitere Prosperieren der "deutschen Wirtschaft" und für ihren Erfolg auf dem Weltmarkt eintritt, der beteiligt sich aktiv am globalen Verbrechen der weiteren massenhaften Erzeugung von Flüchtlingselend. Dabei ist es offensichtlich nicht nur in konservativen und rechtsextremen Kreisen willkommen, daß gewichtige Teile der Bevölkerung ihre Existenz- und Zukunftsangst an noch Schwächeren festmachen und abreagieren.

Dieser Staat steht eben genau für die strategischen Interessen des Weltmarktgewinners BRD. Kapitalinteresse samt anhängender Politik agieren nur pragmatisch von einem (möglichen) Krisenpunkt zum nächsten. Deshalb sind sie für Mensch und Natur, hier wie überall, einfach nur mehr

lebensgefährlich. Den Kapitalismus entsorgen, das erscheint heutzutage weniger machbar, als etwa zum Ende des Ersten Weltkrieges und gar nach dem Zerschlagen des sog. Realsozialismus. Bei näherem Hinsehen erweist sich jedoch, daß es erstens weltunmöglich, das, was da wütet, weiterwüten zu lassen; daß es zweitens, durchaus im Rahmen dieses Systems entwickelt, materielles und geistiges Potential reichlich gibt, welches zur gedeihlichen Existenz aller Menschen nutzbar ist. Und drittens müssen sich nur eine Menge kritischer Leute daranmachen, zeitgemäße Konzepte zu entwickeln für die Entmachtung der Geldvermehrungs-Roboter. Da gibt es ja auch schon mehr als Ansätze, und eine Alternative zu dem, was ist, wollen wohl von Tag zu Tag mehr Menschen.

Ob das Natur-Spielprodukt Mensch es rechtzeitig schaffen wird, sich einer destruktiven Weise seiner Existenzsicherung zu entledigen, das ist allerdings derzeit noch offen.

(Alexander Soos

April 1992

8541 Hengsdorf 2

0911/639116

fax /640000

TERRE DES FEMMES

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:

- um** ihre Freiheit durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die guten Sitten
- um** ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
- um** ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
- um** ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
- um** ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien.

Wir arbeiten dagegen. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft. Postgiro Hamburg Kontonummer 75 10 60 - 204 BLZ 200 100 20 Spenden sind steuerlich absetzbar. Nähere Informationen bei



TERRE DES FEMMES e.V.  
Menschenrechte für die Frau  
Postf. 2531, 7400 Tübingen  
Telefon 070 71 242 89

## GENormte Menschheit , Teil III

Hier nun der dritte Teil einer Artikelserie des Dortmunder ANTI ATOM BÜROs. Diese Artikelserie erscheint auch in "bAsta", Stadtblatt für Dortmund und Umgebung.

### Perinatalmedizin: Die alltägliche Auslese

Ein neues Schlagwort beschäftigt zunehmend Justiz und Ärzteschaft: "Lebensschutz".

Gemeint ist nicht etwa der Schutz der/des Einzelnen vor Umweltgiften etc., sondern der umfassende Zugriff seitens des Staates auf die menschliche Existenz und ihre Entwicklung während der Schwangerschaft. (2)

Nach Vorstellung von Rita Süßmuth soll ein **Lebensschutzgesetz** in das Grundgesetz aufgenommen werden. Darunter ist dann der Sammelbegriff für die Bereiche Embryonenschutzgesetz, Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, der "Umgang mit behindertem und sterbendem Leben", Organtransplantationen und Sterbehilfe zu verstehen. (3)

Ein besonderes Kapitel innerhalb dieses Staatseingriffs in das Leben nimmt bereits jetzt die Perinatalmedizin\* ein.

Als im Februar dieses Jahres die Medien von der Ertränkung untergewichtiger Frühgeburten in der Erfurter Frauenklinik berichteten, löste das eine Welle von Empörung aus. In der WAZ wurde hervorgehoben, daß "in den Perinatalstationen westeuropäischer Kliniken" selbst Frühgeburten unter 500 Gramm noch eine Überlebenschance hätten. Auch das Perinatalzentrum Dortmund, eines von insgesamt 16 geplanten in NRW, meldete sich zu Wort. Obwohl die Grenzen zwischen einer Fehl- und einer Frühgeburt "grau und schwankend" seien, "ist diese Grenze inzwischen auf die 24. Schwangerschaftswoche gesunken" (WAZ, 17.2.92).

Zu lesen war bereits von Vierlingen, die in dem den Städtischen Kliniken angegliederten Perinatalzentrum mehrere Monate vor dem eigentlichen Entbindungstermin per Kaiserschnitt entbunden und dann bis zum "natürlichen Geburtstermin" auf die Kinderstation verlegt wurden.

Perinatalmedizin umfaßt jedoch mehr als den reinen Geburtsvorgang. Erfafßt wird der gesamte Ablauf der Schwangerschaft - zergliedert in die Phase vom Embryo (1) zum Fetus (1). Perinatalmedizin trennt dabei aufs

schärfste zwischen der Schwangeren und der Schwangerschaft. Innerhalb und außerhalb der Frau wird die Leibesfrucht diagnostiziert; selektiert wird vor, während und nach der Geburt. Perinatalmedizin ist ein fester Bestandteil des engmaschigen Netzes von Humangenetik (1), künstlicher Befruchtung, Embryonenauslese und neuer Euthanasie\*.

Ihr eigentliches Ziel ist die **Entmündigung der Frau**, um in jedem Stadium der Schwangerschaft Eingriffs- und Zugriffsmöglichkeiten auf das Ungeborene zu haben, d.h. ungehindert Kontrolle und Menschauslese betreiben zu können.

Schon 1974 erschien in "Bild der Wissenschaft" unter dem Titel "Der Fetus als Patient" ein Artikel von Professor **Erich Saling**. Saling ist nicht nur Verfechter der Humangenetik, umfassender pränataler Diagnostik und Reproduktionsmedizin\*. Sprachgebrauch, Forschung und Lehre sind zutiefst sexistisch. So gilt ihm die Frau als "extrauteriner\* Raum", der seinen Forscherdrang bei der Erhellung des "intrauterinen\* Raums", der Gebärmutter, eher behindert.

"Die Periode seit Beginn der sechziger Jahre war ein Markstein in der Geschichte der Geburtshilfe. Erstmals wurden verschiedene direkte Zugänge zum Gebärmutterzentrum erschlossen." (Saling, Der Fetus als Patient, in: Bild der Wissenschaft, Mai 1974, S. 49).

Neben anderen Gynäkologen hat er sich für die "extrauterine" Schwangerschaft stark gemacht (4). Der Versuch, eine Gebärmutter außerhalb der Frau "am Leben" zu halten und für die Menschenproduktion zu nutzen, kommt besonders den Hirnforschern gelegen. Es existieren bereits konkrete Versuche, genetisch manipulierte Embryonen mit überdimensionalen Gehirnen und entsprechender Schädelgröße zu züchten, wozu die "künstliche" Gebärmutter als besonders geeignet auserkoren wurde.

Saling gilt als Vater der Perinatalmedizin und erhielt 1988 für seine Verdienste die Erich-Reuter-Plakette der Stadt Berlin. (5)

Andere Perinatalmediziner verlagern ihr Interesse vor allem auf operative Eingriffe am Fetus. Von möglichen Therapieerfolgen bei über Ultraschall(1), Fetoskopie(1), Fruchtwasserpunktionen usw. diagnostizierten Leiden ist die Rede. Geflissentlich wird darüber hinweggegangen, daß diese Maßnahmen an der Frau vorgenommen werden. Die Mutter ist zur Gebärmutter reduziert worden, um an ihren Inhalt zu gelangen. Mit der Aufwertung des "Fetus als Patient" obliegt es dem Arzt, sich für oder gegen eine "lebenserhaltende Operation" am Ungeborenen zu entscheiden. Dies kann dabei ausdrücklich **gegen den Willen der Frau** geschehen. (6)

Ein weiterer Aspekt der Perinatalmedizin ist die Zunahme von Mehrlingsschwangerschaften bei gleichzeitig steigender Rate von Paaren mit Sterilitätsproblemen und eines starken Geburtenrückgangs zwischen 1966 und heute.

Die angeblich selbst verschuldete Zeugungsunfähigkeit (7) ruft die Verfechter der **In-Vitro-Fertilisation\*(IVF)** auf den Plan.

Bei der künstlichen Befruchtung werden durch Hormongaben die Eierstöcke so stimuliert, daß mehrere Eizellen gleichzeitig zur Reife gebracht werden. Unverblümt sprechen die Menschenzüchter von "reicher Eiernte", die im Reagenzglas mit dem Samen eines Mannes für neues Leben sorgen soll. Nach gelungener Zellteilung wird ein Teil der befruchteten Eier in eine Gebärmutter zurückverpflanzt, ein anderer wandert als Reserve für Versuchszwecke und weitere Schwangerschaften in die Kühlboxen.

Die bei der In-Vitro-Fertilisation produzierten befruchteten Eizellen dienen wiederum dem Studium möglicher vorgeburtlicher Selektion. Dazu wurde der Begriff **"Prä-Implantations-Diagnostik"** erfunden. Was dahinter steckt, erklärt Prof. **L. Mettler**, Humangenetikerin und stellvertretende Direktorin der Universitäts-Frauenklinik Kiel: "Also, wir haben viele Vier- und Achtzeller untersucht, die chromosomal\* fehlgebildet waren. Es geht ohne weiteres, eine Zelle des Embryos abzuzweigen. Das Embryo wächst dann immer noch normal weiter. Sie müssen lediglich die anderen Zellen des Embryos einfrieren, bis das Analyseergebnis nach etwa einem Tag vorliegt." (Bild der Wissenschaft, Juli 1986, S. 51)

Durch die Rückverpflanzung immer mehrerer Eizellen in die Gebärmutter haben Mehrlingsschwangerschaften in den letzten Jahren deutlich zugenommen (vgl. WR vom

18.1.1988). Hand in Hand arbeiten Gynäkologen, Mikrobiologen und Humangenetiker bei der IVF zusammen, um einerseits im Vorfeld Datenmaterial über die Genetik der Eltern, andererseits über das Genmaterial der befruchteten Eizelle zu erlangen und nicht zuletzt, um weitergehende Forschung an den "überzähligen" Embryonen betreiben zu können.

Da mögliche sog. genetische Schäden zwar diagnostiziert, nicht aber therapiert werden können, beschränken sich die Reproduktionstechnologen, Gentechniker und Ärzte auf die Selektion.

"Die meisten unserer Patientinnen möchten nur dann eine Schwangerschaft weiterführen, wenn wir keinerlei Verdacht haben, daß der Fetus genetisch krank ist. Und wenn es in einzelnen Fällen notwendig ist, führen wir die Mutter in eine Abteilung unseres Krankenhauses, wo sie mongoloide\*, geistig zurückgebliebene Kinder und solche mit genetisch bedingten Abnormitäten sehen kann". (Karlis Adamsons, Prof. für Gynäkologie, Geburtshilfe und Pharmakologie, in: Bild der Wissenschaft, Mai 1974, S. 56).

Prof. **Hansmann**, Leiter des Perinatalzentrums in Bonn, freut sich über seine Erfolge: Bei diagnostizierter Schädigung eines Fetus einer Mehrlingsschwangerschaft kann er einen einzelnen "Patienten" vernichten und braucht so die Mutter nicht mehr zu einer "kompletten" Abtreibung zu überreden. Von Hansmann stammt auch das geflügelte Wort der "Durchsiebung aller Schwangeren", mit dem er das durch ihn entwickelte 3-Stufenmodell von Ultraschall-Screenings\* als flächendeckendes Konzept pränataler Diagnostik für die gesamte BRD meint. Ziel ist nach Hansmanns eigener Aussage nicht zuletzt der selektive "Fetozid"\*.



"Natürlich ist es einfacher, die Schwangerschaft auch mit dem kranken Kind intakt zu lassen, aber aus **pragmatischen** (Hervorgebung AAB) Gründen wird dieser Weg nicht begangen. Rodek hat hier eine Methode gesucht und gefunden, die das gezielte Abtöten eines Kindes im Mutterleib ermöglicht, ohne das andere dadurch unbotmäßig zu gefährden" (Hansmann, Aktuelle diagnostische und therapeutische Verfahren, in: D. Berg et. al. (Hg.), Pränatale Diagnostik, Braunschweig/Wiesbaden 1989, zit. nach: Bundesweites Anti-Eugenik Forum, unveröffentlichtes Manuskript).

Einig sind sich die Perinatalmediziner weitgehend darüber, daß eine Behandlung am Fetus für diagnostizierte "Anomalien"\* ausgeschlossen wird. Um zu dieser Einsicht zu gelangen, bedient man sich des umfassenden Apparates der pränatalen Diagnostik. Während Hansmann sich auf diesem Gebiet in der Ultraschall-Kontrolle hervortut, hat sich der Gynäkologe Dr. **Wolfgang Holzgreve** an der Uniklinik Münster einen Namen durch die

"Chorionzotten-Biopsie"(1) erworben. Selektion und Ausmerze wegen "rechtzeitig ermittelter Schäden" steht auch bei ihm an oberster Stelle.

"Geeignete Feten ohne Begleiterscheinungen" setzt er für seine intrauterine Behandlung voraus. Ansonsten propagiert er die "kindliche" (gemeint ist die eugenische (1) ) Indikation in einem möglichst frühen Stadium. Allerdings mit Ausnahmen, wie wir annehmen dürfen: Holzgreve war Mitarbeiter von Prof. **Beller** bei Organtransplantationen anencephaler\* Neugeborener an der Uniklinik Münster (vgl. dazu Teil I dieser Reihe).

Daß die Perinatalmedizin eine starke Lobby hat, ergibt sich aus den 16 geplanten Perinatalzentren allein in NRW. Die Internationale Gesellschaft "The Fetus as a Patient" tut das Ihrige zur Verbreitung dazu. Erstmals tagte sie mit ihrem VII. Internationalen Kongreß vom 24. - 26.8.91 in Deutschland. Einlader war erwähnter Hansmann. Ebenfalls vertreten: Holzgreve und Saling. Das Programm des Kongresses belegt die Verbindung zur Humangenetik, IVF und Selektion auf allen Ebenen. Als Themen wurden u.a. Extrauterin gravidität\*, Reproduktionstechnologie, umfassende (Ultraschall-)Screenings, ethische Aspekte von Behandlung und Nichtbehandlung, genetische Fehlbildungen und der Fetus als Organspender genannt. (8)

Die Diskriminierung, Mißachtung und direkte Bedrohung von als "behindert" erfaßten Menschen erhält durch diese Richtung ein nie dagewesenes Ausmaß. (9)

Die angewandten Techniken zur Erschließung menschlicher "Abweichungen" werden nicht, wie vielfach angenommen, zur Ausmerzung "nicht normgerechter" Menschen **mißbraucht**, sondern sind von vornherein als Instrument der "**Qualitätskontrolle**" mit anschließender Vernichtungsmöglichkeit entwickelt worden.

"Täglich werden im Bundesgebiet rund 100 Behinderte geboren. Eine Verminderung dieses Zustandes ist die Voraussetzung für die heute schon nicht mehr finanzierbare optimale Versorgung aller Behinderten unseres Landes" (G.G. Wendt, Humangenetiker aus Münster, zitiert nach E.coli-bri Nr. 2/Sept. 1987).

Sollte es trotz aller Schwangerschaftsuntersuchungen doch noch zur Geburt eines nicht normgerechten Kindes kommen, stehen Ethikkommissionen\* und die "Einbecker Empfehlung" hilfreich zur Seite.

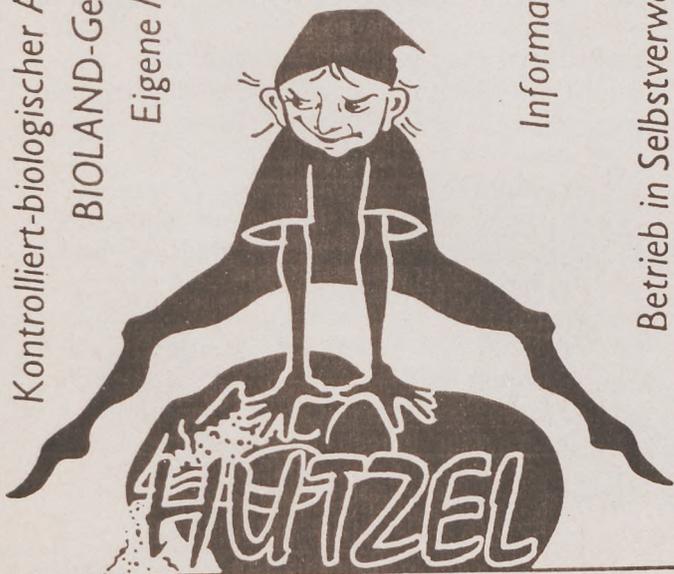
Die nach ihrem Tagungsort Einbeck benannten und von der "Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht" (10) herausgegebenen Richt-

## Anzeige

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
 Hattinger Straße 188 4630 Bochum I  
 Tel. 0234/450590  
 Fax: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau  
 BIOLAND-Getreide  
 Eigene Mühle

Informationen  
 Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00 Uhr, 15.00 - 18.00 Uhr

linien schaffen den Rahmen für "quasi legalisierten" Neugeborenen-Mord. Die **"Grenzen ärztlicher Behandlungspflicht bei schwerstgeschädigten Neugeborenen"** schließen u.a. die Nichtbehandlung solcher Neugeborener ein, die nach Einschätzung der Mediziner nicht die "Fähigkeit zur Kommunikation mit der Umwelt erlangen können".

(H.D. Hiersche, G. Hirsch, T. Graf-Baumann, (Hg.): Grenzen ärztlicher Behandlungspflicht bei schwerstgeschädigten Neugeborenen. 1. Einbecker Workshop der Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht, 27.-29. Juni 1986, Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo 1987).

Der Mitunterzeichner und Vorsitzende der Gesellschaft für Medizinrecht, Dr. **Günther Hirsch**, ist u.a. Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium der Justiz. Zusammen mit seinem Kollegen **Wolfram Eberbach**, Regierungsdirektor am Bundesjustizministerium, fordert er nicht nur die Genomanalyse für alle Schwangeren und eine daran geknüpfte Abtreibung aller als unheilbar eingestuften Embryonen, sondern droht auch mit finanziellen Saktionen für Verweigerinnen.

So kann es eigentlich nicht mehr verwundern, daß der Vorsitzende der CDU-Grundsatzkommission und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, **Reinhard Göhner**, die "vorbehaltlose Zulassungsprüfung der umstrittenen Abtreibungspille RU 486" (WAZ, 14.11.1991) fordert.

An diesem bunten Treiben der Bevölkerungsmacher beteiligt sich die Stadt Dortmund in zunehmendem Maße.

Mit der Überschrift "Ohne Angst schwanger sein" wurde im Februar d.J. das Humangenetische Institut an den Städtischen Kliniken eingeführt. Die direkte Verbindung zum Perinatalzentrum wurde positiv hervorgehoben:

"Wenn nötig, können die Mitarbeiter dort in Zusammenarbeit mit dem Perinatalzentrum der Städtischen Kliniken Chromosomenanalysen\* der Eltern und vorgeburtliche Untersuchungen durchführen. So ist es möglich, genetische Anomalien beim Kind früh zu erkennen oder das Wiederholungsrisiko bei einer neuen Schwangerschaft zu ermitteln." (RN, 8.2.92)

Die Leiterin des Humangenetischen Instituts, Dr. **Dorothee Wenger**, hat zuvor 10 Jahre als Humangenetikerin an der Uni-Klinik Münster gearbeitet, die wir ja bereits in den vorausgegangenen Artikeln wegen ihrer Vergangenheit und Gegenwart entsprechend gewürdigt haben.

**\* Worterklärungen:**

**anencephal:** ohne Großhirn

**Chromosomen:** in jedem Zellkern in artspezifischer Anzahl und Gestalt vorhandenes, das Erbgut eines Lebens tragendes Gebilde (Kernschleife)

**Chromosomenanalyse:** Qualitätskontrolle der Chromosomen

**Ethikkommissionen:** Gremien zur Einschätzung ethischer Vertretbarkeit des Einsatzes von Technologie; mediz.: Entscheidungsträger über Eingriffe in das Leben (z.B. aktive und passive Euthanasie, Organtransplantationen, Embryotransfer)

**Euthanasie:** eigentlich "schöner Tod"; als staatliches Instrumentarium zur Beseitigung unerwünschter Menschen spätestens seit den Massenmorden im deutschen Faschismus bekannt

**extrauterin:** außerhalb der Gebärmutter

**Extrauterin gravidität:** "Schwangerschaft" außerhalb des weiblichen Körpers

**Fertilisation:** Befruchtung

**Fertilität:** Fruchtbarkeit

**Fetozid:** in Anlehnung an "Herbizid", Pestizid etc. (Pflanzenvernichtungsmittel): Vernichtung von als "schädlich" eingestuften Fetten

**intrauterin:** innerhalb der Gebärmutter

**In-Vitro-Fertilisation (IVF):** Befruchtung im Reagenzglas; demgegenüber: in-vivo-Fertilisation als "natürlicher" Zeugungsvorgang

**mongoloid/Mongoloismus:** rassistische Bezeichnung für eine spezifische Veränderung des Chromosomensatzes; Trisomie 21

**Perinatalmedizin:** peri=um herum; natal=geburtlich; alles, was sich mit der Leibesfrucht bis einschließlich der Entbindung befaßt

**Prä-Implantations-Diagnostik:** (vor allem genetische) Erfassung der Qualität befruchteter Eizellen vor der Einpflanzung in die Frau

**Reproduktionstechnologie/-medizin:** erweiterte Fortpflanzungs- und Züchtungsmethoden; umfaßt u.a. die Gewinnung von Ei- und Samenzellen zur künstlichen Befruchtung, Kontrolle von und Forschung an Embryonen einschließlich der Gefrierlagerung, Verpflanzung in eine Leihmutter, Herstellung genetisch exakt identischer Mehrlinge aus einem Embryo (Klonierung)

**Screening:** Filtern, Aussieben

**Anmerkungen:**

- (1) s. Worterklärungen in Teil I dieser Serie  
 (2) gefördert z.B. wird seit 1988 ein Projekt des Bundesforschungsministeriums "Human-genetik, Embryonenforschung und Ethik"  
 (3) Im Institut für Geschichte der Medizin, Ruhr Universität Bochum, wird gegenwärtig - ganz im Trend der Zeit - eine Ausstellung zu ethischen Aspekten von Euthanasie, Eugenik und Abtreibung im historischen Überblick vorbereitet  
 (4) In Italien haben Forscher eine menschliche Gebärmutter bereits über 24 Stunden außerhalb des Frauenkörpers "lebendig" gehalten (vgl. Schirmer, Status und Schutz des Embryos bei der "In-Vitro-Fertilisation", Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1987)  
 (5) Geflissentlich sah die Stadt darüber hinweg, daß Saling 1985-1987 Experimente an schwangeren Frauen mit unzureichend durchbluteter Plazenta anstellte. Dabei waren ihm das Risiko einer Fehlgeburt und/oder Infektionsgefahr so bekannt wie die Erfolgsaussichten seines Unterfangens zweifelhaft (bundesw. Anti-Eugenik-Forum)  
 (6) vgl. u.a. Gerichtsentscheid in den USA von 1981 (!), wonach eine Schwangere "sich dem Kaiserschnitt zu unterziehen habe und den damit verbundenen Eingriffen, soweit sie vom behandelnden Arzt für notwendig erachtet werden, um das Leben des Kindes zu erhalten" (Geo-Wissen Nr. 1, 1989, zitiert nach FraGuR (Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie), Die Vertreibung der Frau

aus der Schwangerschaft, Osnabrück, o.J., S. 18); Ruhr-Nachrichten vom 8.2.92 "Zwangsweise Geburt bei todkrankter Mutter"

(7) Als Gründe wurden z.B. Nikotin, Alkohol und häufige Saunabesuche angegeben, andere Ursachen wie Streß und produktionsbedingte Umweltgifte blieben dagegen unbenannt (Frankfurter Rundschau vom 14.3.1987)

(8) Vgl. u.a. Der Spiegel Nr. 36, 1991, S. 310 ff.

(9) Geistig Behinderte haben z.B. nach deutscher Rechtsprechung nur Anrecht auf halbes Schmerzensgeld gegenüber jenen als "normal" eingestuften Menschen, "weil die Betroffenen das Ausmaß der Schädigung wegen ihrer geistigen Behinderung nicht beurteilen können" (Ruhr-Nachrichten 28.2.1992)

(10) Vorsitzender der "Gesellschaft für Medizinrecht" ist Prof. Dr. Dr. Adolf Laufs, bekannt als strammer Verfechter des § 218. Er war 1984 auch Gründungsmitglied der "Juristen-Vereinigung Lebensrecht", die sich in ihrer Satzung auf die "Grundlage der Gleichwertigkeit von geborenem und ungeborenem Leben" beruft (vgl. Frauen gegen den § 218, Bundesweite Koordination (Hg.), Vorsicht "Lebensschützer". Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner, Hamburg 1991)

**Fortsetzung folgt...**  
**ANTI ATOM BÜRO**  
 Am Ölpfad 25  
 4600 Dortmund-Hörde

**Anzeige**

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung  
**Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH**

Planung und Montage  
 umweltfreundlicher Energiesysteme  
 Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

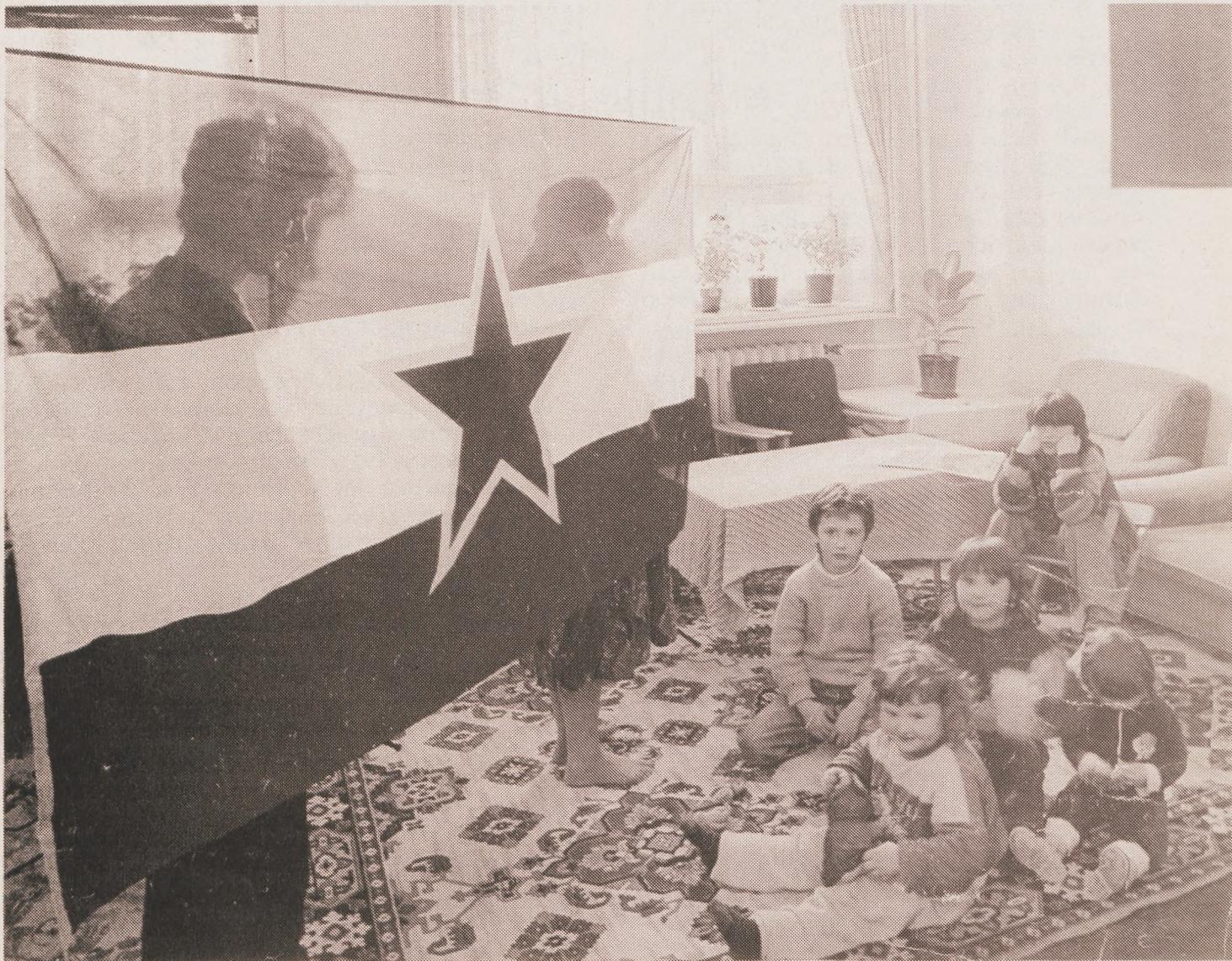
Für Warmwasser  
und Stomerzeugung

dann: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

## KOSOVO KURZE CHRONIK DER EREIGNISSE SEIT JANUAR 1990

Kosova (Kosovo) ist ein Gebiet in Jugoslawien, wo die rund 2 Millionen Albaner etwa 90 % der Bevölkerung stellen. Am 5. Juli 1990 wurde die Autonomie von Kosovo durch die Behörden Serbiens, begleitet von massivem Einsatz der serbischen Polizei und der jugoslawischen Armee, abgeschafft.



**Keine Arbeit.  
Und die Kinder  
durften nicht  
zur Schule**

AWNE A. (36),  
SEINE FRAU  
WACHIDE (30)  
UND GEZIME (11),  
AMIR (8), EMINE (6),  
MABENA (3½)  
UND LYDIA (2)

(Bild aus: Brigitte 1/92)

Nicht nur die auf dem Foto abgebildete Familie ist von Abschiebung bedroht, sondern zahlreiche weitere albanische Flüchtlinge aus dem Kosovo. So will das Ausländeramt Recklinghausen z. Zt. wieder zwei Albaner abschieben.

## Kurze Chronik der Ereignisse in Kosovo seit Januar 1990:

Im Jahr 1990 eskaliert die Unterdrückung in Kosovo schnell und drastisch.

Ende Januar und Anfang Februar 1990 demonstrieren die Albaner für Mehrparteiensystem, Demokratie und Freilassung politischer Gefangener. Bis Mitte März wurden 34 Albaner getötet und 204 verletzt - meistens durch Schüsse.

(nach Angaben des Menschenrechtsausschusses aus Prishtina)

Anfang März 1990 wurde die Segregation (Ausgrenzung) in den unteren und höheren Schulen durch Serbien angeordnet und danach auch durchgesetzt (vgl. die Zagreber Zeitung "Vjesnik", 27.3.90) - der Vormittagsunterricht ist für die etwa 10 % der Schüler, die serbisch sprechen, reserviert.

Im März und April 1990 wurden mehr als 3000 albanische Schüler und Kinder vorsätzlich vergiftet (vgl. FR, 1.8.90; AFP, 31.7.90) - schwere und mehrere Stunden andauernde Vergiftungserscheinungen.

Am **5. Juli 1990** wurden das Parlament und die Regierung Kosovos verfassungswidrig aufgelöst, die albanisch-sprachigen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Tageszeitung) verboten.

Am **7. September 1990** rief das (aufgelöste) Parlament von Kosovo, in **Kacaniku**, Kosovo zu einer jugoslawischen Republik aus. Seit Juli 1990 sind schon mehr als 43 000 albanische Arbeiter aus politischen Gründen entlassen worden (vgl. die slowenische Zeitung "Delo", 27.12.90). Bis Mitte Januar 1991 stieg diese Zahl auf etwa 50 000 - etwa ein

Drittel aller im nicht-privaten Sektor (dem stärksten Wirtschaftssektor in Kosovo) im Juni 1990 beschäftigten Kosovo-Albaner (vgl. die Zagreber Zeitschrift "Danas", vom 22.1.91).

Über 1 400 albanische private Geschäfte wurden allein Anfang September 1990 aus politischen Gründen zwangsweise geschlossen (vgl. die Zagreber Zeitung "Vecernji list", 6.9.90). Die Welle der zwangsweisen Schließungen von privaten Geschäften der Albaner hört nicht auf (vgl. den Bericht Nr. 23 des Menschenrechtsausschusses aus Kosovo, vom 17.1.91).

Seit Juli 1990 sind schon die meisten Albaner aus den führenden Stellen entfernt worden - Direktoren der Unternehmen; technisches

Personal; Richter; Ärzte und anderes medizinisches Personal - allein in diesem Bereich über 1 000 Entlassene (vgl. FR, 5.12.90).

Die höheren Schulen in Podujeva und in Obiliqi wurden im Dezember 1990 bzw. Januar 1991 für die 6 000 albanischen Schüler zwangsweise geschlossen (vgl. "Vjesnik", 15.12.90; 26.1.91).

Im Februar 1991 werden im kalten Winter schon die ersten albanischen Familien aus ihren Wohnungen zwangsweise entfernt, nachdem ihre Familienangehörigen aus dem Arbeitsverhältnis aus politischen Gründen entlassen worden waren (vgl. Berichte des Menschenrechtsausschusses aus Kosovo, v. 4. und 9.2.1991).

Dieser Bericht wurde erstellt von:  
Gorazd Cvetic, An der Krebskuhle 1, 4800 Bielefeld 1, am 20.2.1991



# NOTRUF...DIE FASCHOS KOMMEN

## Erfolgreiche antifaschistische Demonstration im westfälischen Borken

Aus dem "verschlafenen" Städtchen Borken, zwischen Marl am nördlichen Ruhrgebietsrand und der westfälischen Landeshauptstadt Münster malerisch gelegen, erreichte uns im März ein "Notruf". Aufgerufen wurde zu einer "Demo gegen Rechts" am 4. April 92 auf den Borkener "Kornmarkt".  
Was war vorgefallen?

Schon seit längerem hatten verschiedene Initiativen und Organisationen in Borken geplant, am 4. April eine Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit durchzuführen.

Im Vorfeld hatten sich Gerüchte verdichtet, daß Neofaschisten aus Duisburg, aber auch aus der Umgebung Borkens, anreisen wollten, um diese Demonstration "aufzumischen".

So kam es, daß immerhin auch einzelne AntifaschistInnen aus anderen Städten (Gelsenkirchen, Recklinghausen) angereist waren, um die Demo zu unterstützen.

Um es vorwegzunehmen: Die Faschos tauchten nicht auf, und so wurde es eine fröhliche, kämpferische und gelungene Demonstration. Fast 300 Menschen, überwiegend junge und sehr junge Leute, hatten sich versammelt und demonstrierten nach einer kurzen Auftaktkundgebung vom "Kornmarkt" durch die Borkener Innenstadt. Unterstützt wurde die Demo von örtlichen Gruppen wie Jusos, Grüne, vor allem aber wohl von der **Borkener Antifa**, die sich als Bürgerinitiative versteht und sich in einem Flugblatt wie folgt stellt:

"Wir sind die Borkener ANTIFA( = ANTI-

FASCHISTEN) und nennen uns Jugendgruppe "Wir gegen Ausländerfeindlichkeit".

Mitglied sind im Moment 36 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Im Oktober 1991 haben wir uns auf Initiative der Juso-AG Borken zu einer jungen Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Diese versteht sich als Menschenrechts- und Widerstandsorganisation, auch als gemeinnütziger Verein.(...)

Wir träumen von einer Welt, in der den Menschen Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung wichtiger als Macht, Karriere und Reichtum sind. Die Hoffnung, daß kein Kind mehr verhungern muß, wenn Waffen erst gar nicht mehr hergestellt werden, bestärkt uns in unserem Engagement für die Armen. Die Sehnsucht nach einer multikulturellen und kinderfreundlichen Gesellschaft hat eine ganze Generation. WIR - die "Jugend von heute" darf sich davor nicht verstecken (...)" Ähnlich aufrichtig und erfrischend eindeutig war auch die erkennbare **Zusammenarbeit** unter den Jugendlichen - egal, ob eine/r eher den Jusos oder dem "autonomen" Spektrum sich zurechnete, erkennbar war der Wunsch, gemeinsam "gegen Rechts" zu demonstrieren. Das hat auch uns neue Kraft gegeben.



## ANKÜNDIGUNGEN

### NPD-LANDESPARTEITAG NRW

Am 17. Mai 1992 versucht die neofaschistische NPD (zum inzwischen wiederholten Male), in der Bochum-Wattenscheider "Pestalozzi-Schule" ihren "Landesparteitag" durchzuführen.

Ein breites Bündnis verschiedener Gruppen und Organisationen, u.a. Antifa-Initiative Wattenscheid, Falken, Die Grünen, VVN-BdA, DKP, DIDF, SDAJ, Studentenvertretungen, hat sich zusammengeschlossen und versucht, dies zu verhindern.

Ein Vorbereitungstreffen fand am 27. April im Wattenscheider "Kulturladen" statt, über das wir leider nicht berichten, weil diese Ausgabe zu dem Zeitpunkt gerade im Druck war.

Wir rufen hiermit alle AntifaschistInnen in NRW auf, am 17. Mai nach Bochum-Wattenscheid zu kommen. Weitere Informationen auch über unsere Redaktionsanschrift.

### SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG FÜR FLÜCHTLINGE AUS DEM KOSOVO

Am Donnerstag, dem 14. Mai, findet ab 18.30 Uhr in der **Aula der Städt. Kollegschule Kuniberg** (Im Kuniberg 79) in **Recklinghausen** eine Solidaritätsveranstaltung der örtlichen Antifa und des Antifaschistischen Bundes (AFB) statt. Ein albanischer Asylbewerber aus dem Kosovo wird über die Lage der albanischen Minderheit im heutigen Bürgerkrieg referieren.

Gezeigt wird ein Dokumentarfilm, der die Brutalität der Niederschlagung albanischer Demonstrationen im Kosovo 1989 und 1990 berichtet. (Siehe hierzu auch Informationen zum Kosovo in dieser Ausgabe).

Angesichts der Tatsache, daß trotz der Empfehlung des NRW-Innenministeriums, keine albanischen Flüchtlinge aus dem Kosovo nach "Jugoslawien" abzuschicken, das Recklinghäuser Ausländeramt erneut zwei Albaner unmittelbar mit Abschiebung bedroht, ist Solidarität dringend gefordert.

Ein weiterer Programm-Teil ist ein längerer Auftritt des Frauen-Kabarets "Else, wohin?" (siehe auch Interview in dieser Ausgabe).

### OST-WEST-WIRTSCHAFTSGIPFEL AM 8./9. MAI IN MÜNSTER

Anfang Januar schwappte es durch die lokale bürgerliche Presse zu uns rüber - und uns klappten die Kinnläden runter: Für den 8./9.

Mai lädt Möllemann die Wirtschafts- und Handelsminister der **G-7-Staaten** (die mächtigsten Industrienationen der Welt) nach Münster ein, um dort u.a. den **WWG in München** (Abschlußerklärung) und die internat. Umweltkonferenz in Rio de Janeiro vorzubereiten. Vor allem aber steht die wirtschaftliche Situation und die Schuldenfrage der Osteuropäischen Staaten auf der Tagesordnung der Schweine. Genau dazu werden die entsprechenden Minister der GUS, CSFR, Polen, Ungarn u.a. für dieses Treffen eingeladen.(...)

Nicht ohne Grund soll das Treffen in Münster am 8. Mai starten - dem **47. Jahrestag der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus**. Für diesen Tag die "Bettelbrüder aus dem Osten" hierher einzuladen, heißt nichts anderes, als dem Revanchismus mit einer endgültigen Demütigung der Völker des Ostens einen erfolgreichen Höhepunkt setzen zu wollen.

#### Was wir bisher planen...

Wir wollen und werden es nicht hinnehmen, daß die Stadt am 8. Mai im Jubel und Suff erstickt. Wir werden mit vielfältigen Aktionen versuchen, dieses "Volksfest" zu stören. Deshalb ist es uns besonders wichtig, daß viele Menschen von überall her die Stadt anfüllen und sich Aktionen ausdenken.

Am **9. Mai** findet dann um **12.00 Uhr** eine bundesweite Großdemonstration statt (Auf-takt: **Hindenburgplatz**).

Am 8. Mai abends 20.00 Uhr gibt es eine über-regionale Demobesprechung.

Weitere Informationen bei:

**Umweltzentrum Münster**  
**Scharnhorststr. 57**  
**4400 Münster,**  
**oder:**  
**G7-Bündnis**  
**c/o GAL/Die Grünen**  
**Bremer Str. 38-42**  
**4400 Münster**

**SIE ORGANISIEREN DIE ARMUT DER VÖLKER**



**BUNDESWEITE DEMO** 9. MAI \* 12.00 UHR  
AUFTRAF HINDENBURGPLATZ  
**MÜNSTER**

## ANTIFASCHISTISCHE LANDESKONFERENZ NRW

Die 15. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW findet im Juni 1992 in Köln statt.

Auszüge aus einem Schreiben der Veranstalter:

"Welchen Zielen und Zwecken dienen Nationalismus und Rassismus im Europa 92? Welche Rolle kommt dabei den neofaschistischen Organisationen zu? Meinen wir dasselbe, wenn wir über Faschismus oder Neofaschismus sprechen?"

Diese und weitere Fragen werden auf der Konferenz diskutiert werden. Weitere Informationen zu erhalten bei:

**Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW**

Volmerswerther Str. 76  
4000 Düsseldorf 1

## ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
• 4350 Recklinghausen •  
• Tel. 02361-17002 •